

Wöchentlich 66 Pf., monatlich 2.00 P., im Voraus zahlbar, Postzeitung 4.52 P., ein Stück 50 Pf., Verteilungsgeld 72 Pf., Abbestellungsgebühr, Auslandsendungsmittel 6.- P., zur Bonnart; für Länder mit einschlägigen Druckverordnungen 8.- P.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Post und Zeit“ ferner „Stimmen“, „Tage“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Freitag
20. März 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konfessionelle 20 Pf. Kassenkarte 2.- P., „Blau-Abgelegen“ das langgedruckte Wort 20 Pf. Quiltinge Wort 17 Pf. Rabatt 11. Teil, Einzellänge das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Hausfrauenanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Abrechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhof 202-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Ldk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Kritische Nacht Hermann Müllers.

Bewußtlosigkeit und zunehmender Kräfteverfall.

Der Zustand Hermann Müllers hat sich gestern abend noch weiter verschlechtert. Da die Ärzte einen starken Verfall des Patienten durch den allgemeinen Schwächezustand feststellten, wurde gegen 8 Uhr abends neben anderen Maßnahmen eine Bluttransfusion vorgenommen.

Der Bericht, den die Ärzte am Abend ausgaben,

lautet: Der Zustand des Patienten ist äußerst kritisch, nachdem das Krankheitsbild heute abend noch durch eine Ungenutzbarkeit kompliziert ist. Das Bewußtsein des Patienten ist größtenteils getrübt.

12 Uhr nachts. Das Befinden Hermann Müllers ist um 12 Uhr nachts sehr schlecht. Die Körperkräfte nehmen zusehends ab. Der Patient ist bewußtlos.

Vom Dritten Reich.

Von Dr. Wilhelm Hoegner, M. d. R.

Die neuesten Hakenkreuzmorde zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, was die deutsche Arbeiterschaft zu erwarten hat, wenn der Faschismus in Deutschland zur Macht gelangen sollte. Die bayerischen Ereignisse aus den Jahren 1920 bis 1924, von denen der Münchener Abgeordnete Hoegner hier einen kleinen Ausschnitt gibt, sollen Warnung und Signal zugleich sein: Warnung vor Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit, Signal zu erhöhter Aktivität und Kampfbereitschaft!

In weiten Kreisen der norddeutschen Arbeiterschaft hat man von den Auswirkungen einer ganz- oder halbfaschistischen Diktatur nur sehr unbestimmte Vorstellungen. Auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei scheint man vielfach der Meinung zu huldigen, es werde so schlimm nicht kommen, auch die faschistische Suppe werde nicht so heiß gegessen werden, wie sie gekocht sei. Solche Hoffnungen sind erklärlich in einem Lande, das den deutschen Rechtsradikalismus noch nicht eigentlich an Werke gesehen hat. In Preußen ist man durch die starke Regierung Braun-Severing politisch verwöhnt. Man kann es sich dort nur schwer vorstellen, daß die Aufbauarbeit der letzten zwölf Jahre mit dem Uebergang der Staatsmacht auf eine rechtsaktivistische Regierung sofort in Frage gestellt wäre. Da ist es vielleicht zweckdienlich, gerade im jetzigen Augenblick daran zu erinnern, was die bayerische Arbeiterschaft in den Jahren 1920 bis 1924 durchgemacht hat.

Wir hätten in Bayern seit dem Kapp-Putsch bis Juni 1924 ausgesprochene Rechtsregierungen. Sie haben der nationalsozialistischen Bewegung im allgemeinen freien Lauf gelassen. Zahllosen nationalsozialistischen Ausschreitungen wurden von den Behörden durch die Finger gesehen. Die Jünger des Dritten Reiches konnten in bewaffneten Scharen durchs Land ziehen, auf „deutschen Tagen“ Arbeiterwohnungen stürmen, Gewerkschaftler mißhandeln, in ihren Zeitungen eine unerhörte Mordhege treiben, ohne daß ihnen wesentliches geschah. Sie wurden sogar als „Notpolizei“ eingestellt und in Reichswehrkasernen militärisch für den Straßenkampf ausgebildet. Republikaner waren nahezu schußlos, vogelfrei. Eine rechtsradikale Pressemeute konnte dazu auffordern, den sozialistischen Landtagsabgeordneten Gareis niederzuschlagen „wie einen roten Hund“. Wenige Tage darauf war er ermordet. Die Täter sind nie gefunden worden. Am 25. Oktober 1921 wurden aus dem südlichen Friedhof in München auf Erhard Auer Schüsse abgegeben. Die Polizei hat nichts herausgebracht. Die Sozialdemokraten Timm und Saenger wurden auf offener Straße bedroht. Gegen die sozialdemokratische „Münchener Post“ wurden immer wieder Handgranatenanschläge verübt. Nie wurde man der Urheber habhaft.

Am 1. Mai 1923 marschierte Hitler mit seinen bewaffneten Scharen in München auf, um die Arbeiter, die den 1. Mai feierten, „in den Straßen wie tolle Hunde niederzuschießen“ (Amlicher Bericht). Die Justizverwaltung griff in das schwebende Verfahren ein und schob so die Bestrafung der Schuldigen hinaus. Als dann der Hitler-Putsch gescheitert war, verhängten die Gerichte so lächerliche Strafen, daß selbst die Presse der Bayerischen Volkspartei von einer bayerischen „Justizkatastrophe“ schrieb. Zu Ende des Jahres 1923 war Bayern nach einem Worte des jetzigen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heide zu einer „Anordnungszelle“ geworden, in der kein anständiger Mensch seines Lebens mehr sicher war.

Das waren aber nur die Begleiterscheinungen. Auch die Staatsgewalt selbst ging unmittelbar gegen die freie Arbeiterschaft vor. Am 26. September 1923 wurde in Bayern der Generalkommissar v. Kahr eingesetzt. Sein Programm war: „Kampf dem Marxismus, Austragen der Gegensätze“. In diesem Kampfe mißbrauchte er rücksichtslos die staatlichen Machtmittel, über die er uneingeschränkt gebot. Bereits am 29. September 1923 löste er die sozialdemokratischen Sicherheits- und Selbstschutzbünde auf, deren Vorhandensein seit geraumer Zeit ganz allein die Sprengung sozialdemokratischer Versammlungen durch den nationalsozialistischen Terror verhindert hatte. Damit war unser Versammlungswesen lahmgelegt. Ueberraschenderweise wurden auch noch ausdrücklich alle politischen Versammlungen verboten. Mit einer Anordnung vom 1. Oktober 1923 wurde der Streik und jede Störung und Hemmung der Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben bei Meidung von Zuchthausstrafe verboten. Mit der gleichen Zuchthausstrafe wurde bedroht, wer einen Beamten, Angestellten oder Arbeiter wegen seines Arbeitswillens, seiner vaterländischen oder

75-Millionen-Kredit für Berlin.

Auf der Grundlage eines verbesserten Bewag-Planes.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat gestern in außerordentlicher und bewegter Sitzung das Angebot eines 75-Millionen-Kredites angenommen, das von den in- und ausländischen Bankengruppen für den Fall gemacht worden ist, daß die Stadt Berlin den hier mehrfach besprochenen Plan der Beteiligung des Privatkapitals unter Aufrechterhaltung des überwiegenden öffentlichen Einflusses in den städtischen Elektrizitätswerken annimmt. Die städtische Nachrichtenstelle teilt darüber folgendes mit:

Ein unter Führung der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) und der Reichsreditgesellschaft A.-G. stehendes Bankenkonsortium, dem die Deutsche Bank und Discontogesellschaft, die Berliner Handelsgesellschaft, die Commerz- und Privatbank, die Darmstädter und Nationalbank, die Dresdner Bank, Mendelssohn u. Co. und M. M. Warburg u. Co., für Amerika Harris, Forbes u. Co., Otis u. Co., J. S. Schröder Banking Corporation und die Chase Nationalbank, für England J. Henry Schroder u. Co., für die Schweiz die Boller Handelsbank und für Holland Mendelssohn u. Co., Amsterdam, und Niederländische Handel-Maatschappij, N. V., angeschlossen, hat der Stadt Berlin einen Zwischenkredit von 75 Millionen Reichsmark zu einem Zinsfuß von 7 1/2 Prozent eingeräumt.

Die Stadt hat dem Bankenkonsortium zugesagt, mit ihm über einen Plan zur Verwertung der Städtischen Elektrizitätswerke zu verhandeln, den das Bankenkonsortium ihr vorgelegt hat. Der Plan sieht im wesentlichen vor, daß eine neue Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 240 Millionen Mark gegründet wird, in die die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke und die im Besitz der Stadt befindlichen 15 Millionen Mark Bewag-Aktien eingebracht werden. Als Gegenwert stellt der Stadt der Erlös für die Aktien der neuen Gesellschaft zu; ferner übernimmt die neue Gesellschaft die langfristige unverinsliche Schuld der Stadt gegenüber der Bewag, die etwa 320 Millionen Mark beträgt, so daß der gesamte Kaufpreis 560 Millionen Mark betragen würde.

Die Aktien werden eingeteilt: nominell 160 Millionen A-Aktien, nominell 80 Millionen B-Aktien. Letztere sollen doppeltes Stimmrecht haben. Die A-Aktien sollen dem Privatkapital angeschlossen werden, die B-Aktien sollen von der Stadt Berlin, den Elektrizitätswerken A.-G. und der Preussischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft übernommen werden. Durch diese Regelung behält die öffentliche Hand die Führung.

Die Stadt erhält eine Abgabe, die bei steigendem Gewinn entsprechend vergrößert wird. Der Stadt soll ferner das Recht eingeräumt werden, die Anlagen nach Ablauf von 25 Jahren jederzeit zu einem angemessenen Preise zurückzuerwerben.

Sowohl das Bankenkonsortium wie die Stadt haben sich eine eingehende Prüfung sämtlicher Grundlagen der Transaktion ausdrücklich vorbehalten.

Die Annahme des 75-Millionen-Kredites bedeutet noch nicht die Annahme des Planes zur Umgründung und Teilprivatisierung der Städtischen Elektrizitätswerke. Immerhin bedeutet sie eine Bindung. Wenn der Plan nicht angenommen wird, ist der Kredit im Mai wieder fällig.

Der Plan hat einige nicht unerhebliche Verbesserungen erfahren. Die neue Gesellschaft würde auch 47 Millionen Stadtschulden an die Bewag aus dem Jahre 1930 übernehmen, so daß sich der gesamte Kaufpreis von 513 auf 560 Millionen erhöhen würde. Es wird ein Rückkaufsrecht auf die Anlagen oder der Aktien vorgezogen bei gleichzeitiger Dividendenbegrenzung, was einer Uebersteigerung des Kurswertes der Aktien eine Grenze setzt. Berlin erhält eine Abgabe von bis zu 16 Millionen jährlich (bisher 14) und außerdem eine 50 Prozent erreichende Beteiligung am Reihgewinn. Der überwiegende öffentliche Einfluß wird durch Pooling des öffentlichen Aktienbesitzes (Berlin, Reich, Preußen) gesichert; der öffentliche Einfluß kann eventuell durch Aktienverkauf noch gestärkt werden. Die Stadt Berlin erhält den Vorschlag im Aufsichtsrat. Die Tarifpolitik würde entscheidend von der Stadt Berlin beeinflusst.

Trotz dieser Verbesserungen kann der Plan, wenn er zur Durchführung käme, keine Freude auslösen. Die Aktienkäufer machen zwar keineswegs ein so glänzendes Geschäft, wie es zunächst scheinen mag. Auf den zukünftigen Einnahmen der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung würde die volle Steuerlast liegen, was mehrere Millionen ausmacht. Der Plan ist auch erheblich besser als das, was die belgische Sojina aus den Werken gemacht hätte; Dannie Heineemann hätte den überwiegenden öffentlichen Einfluß nicht zugelassen. Aber schon die Teilprivatisierung ist, auch trotz des Rückkaufsrechts, schmerzhaft. Weil aber durch Dr. Schachtschalsch'sche Drosselungsmaßnahme und die deutsche Kreditfähigkeit im Ausland seit den Septemberwahlen kommunale Anleihen im Ausland noch immer nicht unterzubringen sind, konnte kein anderer Vorschlag als die Umgründung mit gleichzeitigen Aktienverkauf ans private Ausland gemacht werden. Das ist Preußen und dem Reich ebenso unwillkommen wie der Stadt Berlin.

Die Entscheidung über den Plan ist von hoher Verantwortung. Verbesserungen und Sicherungen sind grundsätzlich und nach allen Richtungen anzustreben. Dazu ist vielfache Gelegenheit auch bei Ausarbeitung der Konzessionsverträge gegeben. Dazu wird in Zukunft noch manches zu sagen sein.

Schnellzug entgleist.

Auf der Strecke Paris - Bordeaux. — Bisher 10 Tote und 50 Verletzte.

Paris, 19. März.

Der Schnellzug Paris-Bordeaux, der die Hauptstadt um 19.32 Uhr verläßt, ist auf dem Bahnhof Clamart, eine Stunde von Paris entfernt, aus noch nicht bekannter Ursache entgleist.

Bisher sollen zehn Tote und gegen 50 Verletzte geborgen sein. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

50 Tote?

Wie die Neuteragentur aus Paris um Mitternacht nach London berichtet hat, spricht man davon, daß bei der Eisenbahnkatastrophe fünfzig Personen ums Leben gekommen seien.

Baldwin siegt über die Zeitungskönige.

Die Nachwahl in Westminster.

London, 19. März (Eigenbericht).

Bei der Nachwahl für den verstorbenen ehemaligen konservativen Kriegsminister Worthington Evans im Londoner rein bürgerlichen Wahlkreis Westminster siegte der offizielle Kandidat der Konservativen Partei Duff Cooper mit 17242 Stimmen gegen den Kandidaten der Zeitungskönige Beaverbrook und Rothermere, der nur 11532 Stimmen erhielt.

Die anderen Parteien hatten in dieser konservativen Hochburg keinen Kandidaten aufgestellt und den Kampf zwischen den beiden konservativen Richtungen austragen lassen. Duff Coopers Sieg ist ein großer moralischer Erfolg für den um keinen Führerposten schwer kämpfenden Baldwin.

Aus dem Rembrandt ausgewiesen haben die Bitauer weiter den Betriebsleiter Butowski und den Maschinenführer Ellwath von der „Rembrandtschen Rundschau“ in Hendekung.

proletarischen Gesinnung oder Betätigung oder wegen seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Wirtschafts- oder Berufsorganisation „beleidigte“, bedrohte oder wirtschaftlich schädigte. Das war die Wiedereinführung des noch von einer kaiserlichen Regierung aufgehobenen § 153 der Gewerbeordnung in verschärfter Form.

Das Republikshutzgesetz wurde außer Kraft gesetzt. Haftbefehle des Reichsgerichts gegen rechtsradikale Hebelkämpfer wurden einfach nicht vollzogen, Juden wahllos ausgewiesen, die Reichswehr wurde aus Bayern „verpöchtelt“, d. h. zur Meuterei veranlaßt! Die Verbreitung vieler norddeutscher Blätter wurde polizeilich verhindert. Sozialdemokratische Zeitungen wurden aus nichtigsten Vorwänden wochenlang verboten, ihr Wiedererscheinens wurde nach faschistischem Muster von der Hinterlegung unerschwinglicher Kautionen abhängig gemacht, die bei der geringsten „Verfehlung“ dem Staate verfallen sollten.

Schließlich holte die Staatsmacht zu einem vernichtenden Schläge gegen die gesamte Sozialversicherung aus. In seiner wegen des Hitler-Putschs im Bürgerbräukeller nicht mehr zu Ende gehaltenen, aber in der „Bayerischen Staatszeitung“ vom 9. November 1923 veröffentlichten Rede sprach der Generalstaatskommissar von einem „angeblich sozialen Versicherungswesen“, bezeichnete es als „leeres Getriebe“ und kündigte „gründlichste Umgestaltung“ an. Auf ein Ultimatum der „Vaterländischen Verbände“ verbot er ab 11. November 1923 alle „staatsgefährlichen Druckschriften“, namentlich alle Zeitungen und Zeitschriften der Sozialdemokratischen Partei. Zur Aburteilung der politischen Straftaten wurden Sondergerichte angekündigt. Das von den Rechtsverbänden geforderte Verbot der Sozialdemokratischen Partei fand vor der Tür.

In jenen schweren Tagen hatten wir bayerischen Sozialdemokraten noch die Hoffnung, daß das Reich es nicht zum äußersten kommen lassen und allenfalls die freie Arbeiterbewegung gegen Verfassungsbruch und Terror schützen würde. Diese Hoffnung hat uns damals aufrechterhalten und schließlich nicht getäuscht. Aber jene Vorgänge in Bayern lassen auch ahnen, welches Schicksal der deutschen Arbeiterschaft droht, wenn die Reichsgewalt in die Hände einer halb- oder nur viertelfaschistischen Regierung kommt. Dann würde der Todeskampf der Freiheit auch in Deutschland beginnen. Deshalb müssen alle politischen Handlungen und Entscheidungen der Sozialdemokratie jetzt ohne Schwanken dem einen großen Ziel untergeordnet werden: Fernhaltung des Faschismus von der politischen Macht!

Vom Hakenkreuz zum Sowjetstern.

Die Ulmer Hakenkreuz-Offiziere werden Kommunisten.

Die Nationalsozialisten haben vor kurzem einen neuen Feldzug gegen den Reichswehrminister Groener eröffnet, weil er die Reichswehrleutnants von Ulm hat prozessieren lassen. Das Berliner nationalsozialistische Blatt hat sich eben noch sehr kräftig für die verurteilten Reichswehrleutnants ins Zeug gelegt.

Gestern hat nun der kommunistische Reichstagsabgeordnete Rippenberger im Reichstag eine Erklärung des ehemaligen Reichswehrleutnants Scheringer verlesen, die den Nationalsozialisten böse aufstößt. Scheringer hat den Kommunisten eine echt nationalbolshewistische Programmerkklärung zugestellt, in der er sich von Hitler und den Nationalsozialisten losgibt und sich zur Kommunistischen Partei bekennt. Er schwärmt vom Bunde mit der Sowjetunion und der Zerschlagung des kapitalistischen Systems in Deutschland mit russischer Hilfe. Klagatorisch zugespitzt ist seine Verdammung der Hitler-Partei, der er folgendes vorwirft:

1. Sie haben sich im Laufe der letzten Monate eindeutig vom Sozialismus losgesagt.
2. Sie haben das Privateigentum heilig gesprochen.
3. Sie haben bei innerpolitischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen die Interessen der Kapitalisten gegen die Interessen des Proletariats verteidigt.
4. Sie haben keinem Kapitalisten ein Haar gekrümmt, aber den Terror gegen das Proletariat organisiert.
5. Sie haben gegen die Zerreißung des Young-Planes gestimmt.
6. Sie haben die Veräußerung Deutschlands an das internationale Finanzkapital anerkannt.
7. Sie haben den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verhindert.
8. Sie haben sich mit den Bürokraten ins Einvernehmen gesetzt.
9. Sie haben innerhalb der eigenen Reihen einen Byzantinismus hochgezüchtet, der zum Himmel stinkt.

Das ist ein gründlicher Frontwechsel — aber der Leutnant Scheringer ist nicht der erste, der zwischen der Hitler-Partei und der Stalin-Partei hin- und herpendelt! Für jenes instinktive Bürgergut, das zur Zeit des Prozesses gegen die Ulmer Offiziere für die „nationalen Heldensjünglinge“ schwärmte, ist diese Wandlung eine heilsame Lehre. Es hoffte insgeheim auf eine nationalsozialistische Revolte in der Reichswehr, und nun blickt es ins Gesicht des Bolschewismus! Wir sind gespannt, welchen Frontwechsel nun die Hitler-Partei den Ulmer Offizieren gegenüber vollziehen wird!

Wie aus kommunistischen Kreisen versichert wird, hat Scheringer seinen Schritt im Einverständnis mit seinen Kameraden Wendi und Gudin unternommen.

Zehn Jahre Wiederaufbauarbeit.

Der Reichspräsident hat zur Abstimmungsfeste in Oberschlesien folgenden Aufruf erlassen: Am zehnten Jahrestage der Abstimmung in Oberschlesien gedenkt das deutsche Volk in Dankbarkeit der Treue derer, die in einer Zeit bitterer Not und schwerer Bedrängnis das Bestehen zu ihrer deutschen Heimat abgeleitet haben. Zehn Jahre harter und schwieriger Wiederaufbauarbeit sind gefolgt; sie waren getragen und gefördert von dem unerbittlichen Bewußtsein der Pflichterfüllung, die das sicherste Unterpfand für die Zukunft unseres Vaterlandes ist.

Zollunion mit Oesterreich.

Diskussionen über ein wirtschaftliches Mitteleuropa.

Die nächsten Tage und Wochen können über die Durchführung einer sehr engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands und Oesterreichs Verhandlungen bringen. Es ist in der Öffentlichkeit durchgesickert und die Presse bringt zuverlässige Nachrichten darüber, daß dieser wirtschaftliche Zusammenschluß bevorstehe und daß die Veröffentlichung eines Vertrages über diese Zusammenarbeit bald zu erwarten sei. Ueber den Weg sei man sich einig, der zu einer endgültigen Zollunion der beiden deutschen Republiken führen werde. Wir können bestätigen, daß diese Erwartungen nicht unberechtigt sind.

Die Möglichkeit des Eintretens dieses hochbedeutsamen Ereignisses ist es wahrscheinlich auch, die der in Wien versammelten Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung einen besonderen Schwung verleiht. Diese Tagung ist von dem einzigen Gedanken getragen und wird immer wieder zum Ausdruck gebracht: daß man heraus müsse aus der durch die Friedensbedürftigkeit noch verschärften mitteleuropäischen Wirtschaftsenge und daß die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes nicht nur für die ihm angehörenden Staaten und Völker, sondern auch für Europa eine wirtschaftliche und historische Notwendigkeit sei, durch die jetzige Wirtschaftskrise nur noch unterstrichen.

Von besonderer Bedeutung ist auf der Wiener Tagung die Diskussion über die vorzugsweise handelspolitische Behandlung der an dem kommenden Mitteleuropa interessierten und beteiligten Staaten. Der jugoslawische Minister Dr. Franjević vertrat in seinem Referat den Gedanken einer innereuropäischen handelspolitischen Präferenz, die nach seiner Meinung seit dem Vorstoß der südeuropäischen Staaten auf der Januarkonferenz des Völkerbundes stark an Boden gewonnen habe. Die südeuropäischen Staaten hätten nicht Zeit, auf die Verwirklichung des wirtschaftlichen Paneuropas zu warten.

Der frühere österreichische Gesandte in Berlin, Riedl, der die altösterreichische Handelspolitik geleitet hat, referierte über regionale Handelsverträge zwischen den mitteleuropäischen Ländern in ihrem Verhältnis zur Frage der Meißbegünstigung: Die dabei benötigte Vorzugsbehandlung ist besonders für die europäische Landwirtschaft notwendig. Die Meißbegünstigungsklausel ist, wie alle menschlichen Einrichtungen, nichts Ewiges und Unabänderliches.

Regionale Ausnahmen von der Meißbegünstigung sind eine unentbehrliche Voraussetzung für den engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten.

Rückbildungen von Handelsverträgen müssen nicht unbedingt erfolgen, da man mit Ländern, die die Meißbegünstigung besitzen, die Aner-

kennung solcher Ausnahmen vereinbaren könne. Professor Dr. Bajtlo-Beigrad sagte, daß man auch ohne Rücksicht auf die westeuropäischen Staaten eine Politik vollendeter Tatsachen treiben und einfach mit den Vorzugsrollen beginnen solle, wahrscheinlich werde man im Frühjahr bereits in Mitteleuropa zwei solche Verträge erleben.

Es scheint uns notwendig, daß man zwischen der Frage der österreichisch-deutschen Zollunion und dem handelspolitischen System der gebietlichen Präferenzverträge streng unterscheidet. Eine solche Zollunion würde für das herrschende System der Handelsverträge nicht unüberwindbare Schwierigkeiten bringen. Die Durchbrechung des Meißbegünstigungssystems dagegen, besonders wenn man eine Politik der vollendeten Tatsachen treiben würde, könnte in Europa ein handelspolitisches Chaos und damit das Gegenteil von dem bringen, was das Ziel einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft sein sollte. Man würde auf diese Weise nur eine allgemeine Verschlechterung der europäischen Wirtschaftslage und nicht eine Besserung schaffen.

Entschließung der Mitteleuropatagung.

Wien, 19. März.

In ihrer Schlußsitzung nahm die mitteleuropäische Wirtschaftstagung einstimmig die vom Befandten a. D. Riedl (Oesterreich) eingebrachte Entschließung an, die im wesentlichen besagt:

„Die Versammlung ist überzeugt, daß die Herstellung enger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen so benachbarten Staaten, wie es die mitteleuropäischen Länder sind, eine wesentliche Förderung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung herbeiführen kann. Die Wirtschaftstagung hält daher den Abschluß regionaler Wirtschaftsabkommen für dringend geboten, um eine möglichst enge Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Mittel- und Südeuropa herbeizuführen. Da die handelspolitischen Bemühungen ohne Erfolg geblieben sind, werden die beteiligten Regierungen aufgefordert, ungesäumt direkt über diese Fragen zu verhandeln.“

Ebenso einstimmig wurde ein Antrag Reich (Tschechoslowakei) angenommen, der die Bildung eines handelspolitischen Organisationsausschusses verlangt, dem Vertreter sämtlicher an der Tagung vertretenen Länder angehören sollen.

In den Schlußworten kam Präsident Tilgner nochmals auf die Frage der Industrialisierung in den Agrarstaaten zu sprechen, während General Riedl als ein besonders wertvolles Ergebnis der Tagung bezeichnete, daß hier zum erstenmal ein offenes und entschiedenes Bekenntnis Deutschlands zum mitteleuropäischen Problem abgegeben wurde. Präsident Tilgner erklärte, daß die Einladung, die nächste Tagung in Budapest abzuhalten, mit Dank zur Kenntnis genommen wurde.

Naziflucht in Weimar.

Die Nationalsozialisten verlassen den Hauptausschuß. — Parlamentsstreit und Krach mit der Volkspartei.

Weimar, 19. März. (Eigenbericht.)

Die Nationalsozialisten haben am Donnerstag ihre Mitarbeit im Hauptausschuß des Thüringer Landtags eingestellt. Vor der Donnerstagnachmittagsitzung des Ausschusses gaben sie folgende Erklärung ab:

„Nachdem die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei in den letzten Tagen im Hauptausschuß entgegengesetzt den Abmachungen im interfraktionellen Ausschuß mit den Oppositionsparteien in Fragen der Kulturpolitik gegen die Regierung gestimmt und sich offen bei der Kritik der linken Parteien an dem Volksbildungs- und Innenminister Fric auf die Seite der marxistischen Oppositionspartei geschlagen haben, ist eine weitere Mitarbeit im Hauptausschuß an den Etatberatungen der nationalsozialistischen Abgeordneten unmöglich gemacht. Die nationalsozialistischen Abgeordneten werden an den Etatberatungen nicht mehr teilnehmen und behalten sich für die Verabschiedung des Etats im Landtag Anträge unter besonderer Berücksichtigung des Kultur- und Wohlfahrtsrats vor.“

Als die Erklärung verlesen war, verließen die Nazis das Sitzungszimmer. Die Verhandlungen wurden daraufhin auf kurze Zeit unterbrochen. In der neuen Sitzung ließ die Deutsche Volkspartei durch den Abgeordneten Knittel folgende Gegenklärung abgeben:

„Die nationalsozialistische Erklärung ist ein politisches Verlegen-

heitsprodukt, hervorgegangen aus dem Erkennen, daß gegenüber der lauten und rücksichtslosen, in fast allen Fällen unbedingten Kritik die Angegriffenen sich zu einer Gegenwehr anschickten, die der parteipolitischen Agitation der Nationalsozialisten wirksam entgegentritt. Die Kritik an der nationalsozialistischen Politik steht allerdings zu dem Eigenlob, das Minister Fric und die nationalsozialistische Fraktion sich selbst in reichlichem Maße gespendet haben, in scharfem Gegensatz und dadurch wird das nervöse Ausweichen durch den Auszug aus dem Ausschuß erklärt. Die Deutsche Volkspartei wird in der Nazierklärung scharf angegriffen als Urheberin des Auszuges. Die Deutsche Volkspartei läßt sich nicht durch andere an der Arbeit für Staat und Volk abhalten und versteht es nicht, wie man dadurch vaterländische Arbeit leisten will. Die Verantwortung für den Auszug lehnt die Deutsche Volkspartei für sich ab und überläßt sie den Nationalsozialisten allein.“

Knittel ergänzte die parteiöffentliche Erklärung erklärend wie folgt: Wenn in der Erklärung der Nationalsozialisten davon die Rede sei, daß das Verhalten der Deutschen Volkspartei zur Kulturpolitik gegen die interfraktionellen Abmachungen verstoße, so sei das erstunken und erlogen. Man brauche vielleicht für Naziverfammlungen Stoff. Das Volk müsse doch reich sein an minderwertigen Gütern, daß es Abend für Abend solches Zeug über sich ergehen lasse. Der Volkspartei sei es außerordentlich schwer gefallen, Fric zu wählen. Jetzt führe dieser Mann aus dem Hintergrunde eine Kampagne gegen die Deutsche Volkspartei.

Das ist doch noch Zerknirschung!

Wo hat es schon solche Musterangellagen gegeben?

Die Berliner Ausgabe der „Pravda“ trägt zu dem Prozeß gegen die Menschewisten noch Schlußworte der Angeklagten nach, die wir gerne getreu nach dem Text der „Roten Fahne“ übernehmen, da sie das Bild der heuchlerischen Komödie vollenden. Also sprachen laut offiziellem Bericht die Musterangellagen:

Scher sagt in seinem letzten Wort: Vor fünfundsiebenzig Jahren stand ich vor Gericht, vor dem zaristischen Gericht, und erwartete mein Todesurteil für die Teilnahme an dem Moskauer Dezemberaufstand von 1905. Aber damals war der erwartete Tod für mich nicht schwer, jetzt habe ich ein ganz anderes Gefühl. Bitter ist der Tod mit dem Stempel eines Verräters an der Arbeiterklasse.

Suchanow sagt: Mit allen Fasern meiner Seele fühle ich, daß ich jahrelang nicht gesehen habe, was Millionen so einfach und klar gesehen und begriffen haben. Ich werde überschwinden mit dem Gefühl des Hasses gegenüber den Jahren meiner Arbeit im Unionsbüro. Bis zum letzten Atemzug werde ich verfluchen die Sozialdemokratie, die Partei der Schädlinge und Interventionisten.

Jakubowitsch erklärt: Ich bitte nicht um Gnade. Ich werde sterben mit dem Bewußtsein, daß ich in den letzten Tagen meines Lebens etwas Großes für die Arbeiterklasse erfüllt habe. Ich half auf diesem Prozeß die konterrevolutionäre Rolle der Sozialdemokratie entlarven.

Wir können noch ergänzend hinzufügen: Nach Beendigung seines Schlußwortes spuckte jeder Angeklagte sich selber ins Gesicht! Sogar diese physisch unmögliche Handlung ließ sich in der Atmosphäre der Krimptischen Prozeßregie ohne Schwierigkeit vollziehen.

Der Mann, dem geholfen werden kann..

Ein Verleger für eine Verleumdung gesucht.

Ein Herr von Strang, Wirklicher Rat, in Berlin-Friedenau wohnhaft, hat, bekannten Beispielen folgend, seine „Memoiren“ geschrieben. Er sucht nun einen Verlag dafür und bietet sie an als „aus eigener Erfahrung als Diplomat und nationalpolitischer Führer“ stammend. Als besonders jugkräftig für jeden Verleger preist er sie an mit einem bisher noch nie gelungenen „Beweis“:

Ich beweise den bezahlten Kriegsverrat der Sozialdemokratie und die Friedensabsicht der amerikanischen Armee. . . .

Es ist traurig, daß ein so geniales Werk keinen Verleger findet und der Autor es ausbieten muß wie saures Bier. Aber dem Manne kann geholfen werden; Wir bieten ihm hiermit an, den „Beweis“ für den bezahlten Kriegsverrat der Sozialdemokratie vor der vollen Öffentlichkeit im „Vorwärts“ selbst zu führen. Wir sind überzeugt, daß er keine wirkungsvollere Tribüne für seine „Beweisführung“ finden kann. Also heraus mit den Beweisen!

Geschichte eines Kurswechsels.

Der einstmalige republikanische Stahlhelm.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Der Preussische Ministerpräsident hatte im Landtagsauschuss darauf hingewiesen, daß der Stahlhelm in seiner Entstehungszeit republikanisch gewesen sei und alle Frontsoldaten habe zusammenfassen wollen. Darob entrichtete Ablehnung bei rechtsradikalen Zeitungen. Auf eine weitere Anfrage des Amtlichen Preussischen Pressedienstes, die auf die Erklärung der Meinung nicht nur dieser Blätter, sondern der aktiv legitimierten Stahlhelmbundesleitung hinausging, erfolgt nunmehr mit begründeter Klarheit die amtliche Antwort der Bundesleitung. Sie besagt, wenn man den sachlichen Kern aus einigen ihn umhüllenden Unfreundlichkeiten und für die Agitation berechneten großen Worten herausklaubt: Der Stahlhelm sei vom ersten Tage an einer der schärfsten Kritiker dieser Republik gewesen; eine andersgeartete Republik, nämlich eine autoritäre und wehrhafte Republik altromischer Stils, hätte er vielleicht anders gewertet, aber die hätten die Sozialdemokraten verhindert. Wörtlich wird weiter gesagt:

„Der Stahlhelm hat sich niemals auf den Boden der republikanischen Staatsform gestellt und konnte das bei seiner Gründung schon deshalb nicht tun, weil damals im Dezember 1918 eine Staatsform überhaupt nicht vorhanden war, sondern lediglich ein Chaos.“

Das erklärt also amtlich die Bundesleitung! Es scheint, daß das „Chaos“ damals nicht nur im Staate herrschte, sondern heute noch im Archiv der Stahlhelm-Bundesleitung. Sonst müßten alle Magdeburger Herren nämlich wissen, daß dokumentarisches Material aus der Gründungszeit des Stahlhelm besagt, daß er als republikanische Frontsoldatenvereinigung gegründet worden ist. Um dem auf die Wahrung „traditioneller Belange“ so stolzen Stahlhelm dazu zu verhelfen, wenigstens seine eigene Tradition kennen zu lernen, für die er ein so kurzes Gedächtnis und ein so schlechtes Archiv hat, veröffentlichen wir nachfolgend nur eines aus den Gründungsflugblättern des Magdeburger Stahlhelm in seinem markantesten Teil, mit dem Hinzufügen, daß nicht etwa nur Abschriften, sondern die Originale, zum Teil noch handschriftlich korrigiert von den Gründern, vorhanden sind.

Wir stellen uns rückhaltlos auf den Boden der neuen Zeit für die Regierung und treten mit allen Kräften für sie ein! Wir bekennen uns zur republikanischen Staatsform!

Wir lehnen jede Form der Klassenherrschaft oder Diktatur ab, denn sie verliert die Spaltung der Nation, in der wir die Ursache alles Übels sehen. Wir, die wir den Krieg jahrelang kennen lernten, wir erkennen dauernden Frieden und Verdammnis und verwerfen jeden Völkervertrag. Aber wir glauben der Menschheit am besten dienen zu können als treue Söhne unseres Volkes.“

Wir glauben nicht, daß diese Entschlüsse aus der Gründungszeit des Stahlhelm aus einem Werbeflugblatt, mit dem zur Gründung des Stahlhelm aufgefordert wurde, und das an die damals zurückströmenden Soldatenmassen verteilt worden ist, großer Kommentar bedarf. Die Gründer des Stahlhelm hatten in der Tat damals klaren Verstand genug, zu erkennen, daß eine Wiedergeburt Deutschlands nach der grauenvollen Ausblutung und Auspöperung durch den Krieg nur in der republikanischen Staatsform und durch ein starkes und ehrliches Bekenntnis zum Frieden möglich war. Sie waren deshalb die ersten, die sich auf den „Boden der neuen Zeit“ stellten, und sie traten sogar „rückhaltlos“ für die Regierung ein, die damals — Anfang 1919 — rein sozialistisch war! Sie gebrauchten sogar das Wort von der „Republik“, dem man heute in Stahlhelmtreffen so gern einen „positivisch-schwächlichen“ Beigeschmack verleiht, nur allem oder wenden sie sich scharf — berechtigt scharf — gegen Völkerverträge und werden für den Frieden. Wie man trotz dieser Bekräftigung der Friedensliebe jetzt nachträglich glauben machen will, eine Republik altromischer Stils gemeint zu haben, bleibt unerfindlich. Denn selbst Schulknaben wissen, daß die römische Republik genau so erobersüchtig und „imperialistisch“ war wie das römische Kaiserreich.

Im Gründungsaufruf: Bekenntnis zur Republik und zum Völkervertrag — heute: Republikflucht und Militarismus! Ist das kein Kurswechsel? Oder war etwa der Gründungsaufruf nicht ehrlich gemeint?

Kleine Vorlagen im Reichsrat.

Zusammensetzung zu den letzten Reichstagsbeschlüssen.

Der Reichsrat erledigte am Donnerstagnachmittag eine große Anzahl kleiner Vorlagen.

Eine Reihe von Gesetzentwürfen, die der Reichsrat schon angenommen hat, verabschiedete der Reichsrat endgültig, darunter das Genfer Handelsabkommen und das Gesetz über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittler. Zur Entschädigung dieser Vermittler genehmigte der Reichsrat gleichzeitig eine Ausführungsverordnung, wonach bei der Entschädigung der ordentlichen Rechtsweg ausgeschlossen ist. Gleichzeitig wird bestimmt, welche Nachweise für die Entschädigung beizubringen sind.

Abwehr gegen Reaktion.

Die SPD. in Braunschweig unterstützt die Sozialdemokratie

Braunschweig, 19. März.

Die Stadtverordnetenversammlung trat gestern zum erstenmal nach den Kommunalwahlen vom 1. März zusammen. Stadtvorwahrnehmer Böhm gab namens der Kommunisten die Erklärung ab, daß diese sich mit den Sozialdemokraten über eine Reihe von Punkten geeinigt hätten. Demgemäß würden sie dafür sorgen, daß kein Nationalsozialist in das Präsidium komme, und daß die Mehrheit in den Ausschüssen von Kommunisten und Sozialdemokraten besetzt werde. Zum ersten Vorsitzenden wurde der sozialdemokratische Stadtverordnete Rieck wiedergewählt. Stellvertreter wurden der Kommunist Böhm und der Sozialdemokrat Bornack. Zu Stadträten wurden gewählt ein Bürgerlicher, zwei Nationalsozialisten, drei Sozialdemokraten, ein Kommunist. Auch im Vorkomitee haben entsprechend dem Wahlausgang vom 1. März Sozialdemokraten und Kommunisten die Mehrheit.

Minderheitenverfolgung. In der jetzt rumänischen, bis 1918 ungarischen Stadt Großwardein wurden nachts die Redaktionen zweier magyarischer Blätter vollständig demoliert. Man vermutet als Täter rumänische Kadavertudenten.

Der baltische kommunistische Landtagsabgeordnete Bod ist in Baisel anlässlich der Märzfeier der Roten Hilfe, wo er referieren sollte, verhaftet und nach Baden zurückgebracht worden.

Die neue Fluglinie Berlin—München—Rom werden Reichsverkehrsminister v. Guérard und Ministerialdirektor Brandenburg im ersten Flugzeug dieser Strecke eröffnen.

Der Schwurzeuge.

Das Dresdener Naziblatt wurde wegen Verherrlichung der Hamburger Morde verboten.



„Immer nur scharf behen — Hitler wird schon unsere Unschuld beschwören!“

Kirchen- und Schuldebatte.

Reaktionärer Haß gegen Kultusminister Grimme.

Die Parlamente halten jetzt, um die Etatberatungen zu fördern, Dauerstungen ab. In einer solchen weit ausgedehnten Sitzung des Landtages wurde am Donnerstag die Kirchendebatte beendet und das Volksschulwesen erörtert.

Aus der Aussprache über die kirchlichen Fragen ist eine Rede des Berliner Pfarrers Graue von der Staatspartei hervorzuheben, der der sozialdemokratischen Rednerin, der Genossin Weismann, ehrlich zugab, daß das evangelische Kirchenregiment nach außen hin von deutschnationalem Parteiregiment schwer zu unterscheiden ist. Graue erhofft Besserung von regerer innerkirchlicher Arbeit derjenigen Sozialdemokraten, die der Kirche angehören. Er hob mit Recht hervor, daß es gelungen ist, die Beiträge des Staates für die Kirche um wesentliche Beträge zu kürzen.

Vielleicht noch bemerkenswerter war eine Programmvorrede des Abgeordneten Kliesch vom Christlich-Sozialen Volkspartei. Dieses neuerufene, im Landtag noch schwach vertretene „evangelische Zentrum“ leugnet nicht, daß die evangelische Kirche politisch und sozial verlagert hat. Ja, die Männer vom Volkspartei geben sogar zu, daß Christentum und kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht unbedingt wesensoberwunden sein müssen. In dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit erscheint sogar ihnen die Wirtschaftsordnung mehr als Satans denn als Gotteswerk. Aber auf der anderen Seite sind sie rein religiös orientiert und bekämpfen die Sozialdemokratie wegen ihrer Anerkennung der grundsätzlichen Gleichberechtigung der Freiberufler.

Endlich vertiefte sich noch der alte Graf von Posadowsky in die Frage des Verhältnisses von Kirche und Staat. Er ging dabei von den sächsischen Kaiserern aus, um für die Gegenwart zu dem Ergebnis zu gelangen, daß die unter Otto Braun abgeschlossenen

Kirchenverträge der Kirche in keinem Punkte mehr geben, als die Verfassung ihnen ohnedies zugestanden hat. Zu dem gleichen Resultat sind wir auf etwas einfachere Methode schon früher gelangt.

In der Volksschuldebatte zeigte Genosse Dohr-Bleefeld die Erschwerung der Volksschularbeit durch die Wirtschaftsnote in ganzem Umfang auf. Dabei unterstrich er mit rückhaltloser Anerkennung die Arbeit des Genossen Grimme als eines wahren Volksschulbildungministers.

Die Aussprache drehte sich in der Hauptsache um den Lehrerabbau, das freiwillige neunte Schuljahr und den letzten Zensurenentwurf, der die Raten über Betragen und Aufmerksamkeit beseitigt. Dabei überhoben sich deutschnationale, Volksparteiler und Wirtschaftsparteiler im Haß gegen Fortschritt und Volksschulbildung. Nur keine Durchbrechung des Bildungsprinzips, nur keine Aufstiegsmöglichkeit für Volksschüler, nur keine moderne Pädagogik war der Ratsrat ihrer Reden.

Am tollsten trieb es dabei Herr Dr. Schmid-Höpfle, der wirtschaftsparteiliche Chefredakteur der „Schwarzen Industriellen-Deutschen Bergwerkszeitung“, die bekanntlich zum Tode der 300 Bergleute von Kisdorf die gemütvollste Bemerkung machte, die zwölfsprozentige Dividende sei dadurch nicht gefährdet. Dieser Mann, ein lebendes Beispiel dafür, wie in der heutigen Schulverfassung völlig Unbegabte zu akademischen Graden gelangen, suchte krampfhaft nach Schimpfwörtern gegen den Kultusminister Grimme. Wir möchten annehmen, daß er mit der Bezeichnung „kultureller Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei“ ihn zwar hat kränken wollen; aber wir bezweifeln, daß sich Grimme und die Sozialdemokratie dadurch besonders beleidigt fühlen.

Am Freitag Fortsetzung: Höheres Schulwesen und Universtitäten.

Weingartner-Dreyfus vor der Kammer

Protest gegen die Kapitulation der Regierung.

Paris, 19. März. (Eigenbericht.)

In der Kammer kam es heute abend zu einer Debatte über den Fall Weingartner und das Stück „Die Affäre Dreyfus“ aus Anlaß der Festsetzung des Damms für die über beide Angelegenheiten eingebrachten Interpellationen. Als erster Interpellant nahm der Abgeordnete der Unabhängigen Linken Guérard das Wort, der der Regierung vorwarf, sie habe vor den Feinden der Ordnung, den Comelots du Roi und den patriotischen Jugendverbänden, kapituliert, indem sie das Auftreten Weingartners und die weitere Aufführung der „Affäre Dreyfus“ unterlag habe. Auch die Voltaire sei leider gegenüber diesen Herren ohnmächtig. In ähnlichem Sinne äußerte sich der soziale Republikaner Planche, der in dem Vorgehen der Nationalisten ein Wiederankommen des faschistischen Chauvinismus erblickt. Der Sozialist Coqui wies vor allem darauf hin, daß die Haltung der französischen Regierung zu Repressalien gegenüber im Ausland auftretenden französischen Künstlern führen könnte.

Dann ergriff Herrlot das Wort, der die Absetzung des Stückes „Die Affäre Dreyfus“ für als etwas Unerhörtes in einem Lande bezeichnete, das stets für die Gedankenfreiheit gekämpft habe. Auch die in bezug auf Weingartner getroffene Maßnahme sei unverantwortlich; sie entsetze das wahre Gesicht der Nation und gebe Frankreich in den Augen der ganzen Welt einen Ansehen von Väterlichkeit. Ministerpräsident Laval bemerkte in Zwischenrufen, daß die Regierung niemals die Aufführung der „Affäre Dreyfus“ noch das Auftreten Weingartners verboten habe, worauf Herrlot erwiderte, das sei vielleicht richtig, aber die Regierung habe erklärt, sie könne keine Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung übernehmen. Schließlich sprach der nationalsozialistische Abgeordnete Lottinger, der mit ähnlichen Argumenten seine Haltung im Falle Weingartner zu rechtfertigen suchte.

Ministerpräsident Laval

antwortete dem Interpellanten, indem er erklärte, die Regierung habe dem Direktor des Theaters bzw. des Direktors „nur“ angetragen, auf die Aufführung des Stückes oder des Auftretens Weingartners zu verzichten, da Unruhen zu befürchten seien. Sie habe sich jetzt eines besseren besonnen und nichts mehr gegen

die Aufführung des Stückes und das Auftreten Weingartners einzuwenden. Sie würde mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ruhe im Theater und beim Konzert sorgen.

Der Abgeordnete Planche hielt diese Erklärungen des Ministerpräsidenten für nicht ausreichend und verlangte die sofortige Besprechung der vorliegenden Interpellation. Laval trat diesem Antrage entgegen und forderte die Kammer auf, die Interpellation vorläufig zu vertagen. Mit 321 gegen 256 Stimmen kam die Kammer dem Wunsch der Regierung nach.

Am Schluß der Sitzung wurde beschlossen, den Antrag der sozialistischen Fraktion, den Finanzminister Flandin vor den Untersuchungsausschuß der Kammer zu stellen, der zuständigen Kommission zu überweisen.

Die Krise der Liberalen.

Ihr Ausgang ist für die Zukunft MacDonalds entscheidend.

London, 19. März. (Eigenbericht.)

Das gesamte politische Interesse konzentriert sich augenblicklich auf die schwere Krise, in der sich die liberale Partei befindet. Die Entscheidung soll am kommenden Dienstag in der liberalen Parlamentsfraktion fallen. Auch die liberale Presse hat das Ausscheiden der Simon-Gruppe für die einzig mögliche Lösung zur Wiederherstellung der liberalen Parteidisziplin. Sir John Simon fehlte am Mittwoch in der Fraktionsitzung. Die entscheidende Frage ist ihm jedoch gestellt, und er wird am Dienstag der Antwort nicht ausweichen können. Lloyd George glaubt, mit der von der Rechtsgruppe geäußerten liberalen Fraktion seine Politik einig und geschlossen durchsetzen zu können.

Die Ergebnisse der letzten Unterhausdebatten haben gezeigt, daß die jetzige liberale Partei weder ein gegebenes Versprechen einhalten, noch eine stetige Politik verfolgen kann. Sie ist ein so unsicherer politischer Faktor geworden, daß vor allem die Arbeiterregierung von ihr eine bestimmte Auskunft und die Klärung der politischen Lage verlangt. Es wird sich am Dienstag zeigen, ob es in Zukunft eine geschlossene liberale Fraktion gibt oder drei liberale Splitter, von denen jeder Politik auf eigene Faust treibt. Da die Arbeitertagsratung auf die liberale Unterstützung angewiesen ist, wird die Dienstagssitzung dieser Partei zugleich entscheidend sein für die künftige englische Politik.

Nieder mit Pilsudski!

Große Kundgebungen in Posen.

Warschau, 19. März. (Eigenbericht.)

Am heutigen Namenstag Joseph Pilsudski werden überall Militärparaden veranstaltet. Beflaggt werden zumeist nur die öffentlichen Gebäude. Man versuchte, „Massenhuldigungen“ zu erzwingen. Alle Schulkinder, Beamte und die Landbevölkerung wurden in den letzten Tagen unter Androhung von Strafen gezwungen, „herzliche“ Postkartengrüße nach Warschau zu senden. Mit den eigens hierfür hergestellten Karten wurde ein schwunghafter Handel getrieben.

Posen, 19. März.

Am Namenstag-Vorabend Joseph Pilsudski gab es für die ganze Garnison einen Zapfenstreich vor dem Stadttheater. Ungeheure Menschenmassen umfärbten den Platz. Die Musik spielte nur religiöse Lieder und vernied es, die „Regionen-Brigade“ zu spielen. Aber beim Abmarsch intonierte die Kapelle die Hymne der Regionen. In diesem Augenblick begann eine gewaltige Gegenkundgebung der überwiegend nationaldemokratisch gesinnten Bevölkerung. Die Massen stimmten die deutschfeindliche „Rota“ an und überließen die Kapelle. Große Linzüge formierten sich, und durch alle Straßen zogen die Massen, um gegen Marshall Pilsudski, gegen Brest-Litowsk und

die „Sanierungs“parteien zu demonstrieren. Die Demonstranten marschierten vor die Wohnung des Generals Haller und brachten auf ihn Hochrufe aus. Es herrschte große Erregung. Auch in den Kaffeehäusern wurden pilsudskifeindliche Kundgebungen laut. Die Polizei griff energisch ein und versuchte die Demonstranten zu zerstreuen, was ihr aber nur vorübergehend gelang. Dabei wurden einige Personen verletzt und einige Anführer verhaftet.

Der boykottierte Foltermeister.

Warschau, 19. März.

Der Sportklub „Polonia“ in Przemyśl wählte alle Regimentskommandeure der Garnison Przemyśl zu Ehrenmitgliedern. Nur der Kommandeur des 38. Infanterieregiments wurde nicht gewählt — Oberst Kostel-Bjarnazki, der Kerkermeister von Brest-Litowsk.

Pilsudski verläßt Madeira.

Warschau, 19. März. (Eigenbericht.)

Ein polnischer Torpedobootzerstörer fährt nach Madeira, von wo aus Pilsudski eine längere Mittelmeerreise mit Stationen in Ägypten und Palästina antreten wird. Er soll vor kurzem Grippe gehabt haben.

Bewaffnete Hitlertruppe verhaftet.

Hitlers Waffenverbot in der Provinz.

Eisen, 19. März. (Eigenbericht.)

Das Polizeipräsidium Reddinghausen teilt mit: „In der Nacht zum Donnerstag, kurz nach Mitternacht, fielen auf der Zechenkolonie Nordstern einige Schüsse. Eine Polizeistreife, die der Schußrichtung nachging, sah auf der Straße eine große Anzahl von Personen, die eine andere Gruppe Männer verfolgte. Von einem der Verfolger wurden Signale abgegeben.“

Nach Erscheinen der Polizeistreife verschwanden die betreffenden Personen in benachbarte Häuser. Das inzwischen alarmierte Ueberfallkommando nahm Durchsuchungen vor und fand in einer Wohnung 16 und in einer anderen 41 Mann vor, ferner fand man Jauntatten, Pflastersteine, Gummischläuche, mehrere große Messer und armbide Spazierstöcke. Von den Gummischläuchen waren einige mit Eisen beschlagen und einer der Spazierstöcke war ebenfalls gefährlich, weil er mit dickem Draht umwickelt war.

Inzwischen war von einem Verkinvaliden der Polizei angezeigt worden, daß er in der in Frage kommenden Nacht von etwa 8 bis 10 Mann mit dem Rufe „Gänge hoch!“ überfallen worden war. Sämtliche 57 Personen, die Anhänger der NSDAP sind, sind unter dem dringenden Verdacht des Landfriedensbruches vorläufig festgenommen und mittels Kraftwagen dem Polizeiamt Buer zugeführt worden, wo ihre eingehende Vernehmung erfolgt. Die polizeiliche Untersuchung ist im Gange.“

Gegen fliegende Schlägerkolonnen.

Verbot von Umzügen auf Kraftwagen in der Provinz Hannover.

Hannover, 19. März.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover hat am heutigen Tage, veranlaßt durch die zahlreichen Ausschreitungen, die dadurch entstanden sind, daß zu politischen Versammlungen und Versammlungen aus anderen Orten Kampftruppen unter der Firma von Schußwaffen herangefahren worden sind, eine Polizeiverordnung erlassen, die ein Verbot von öffentlichen Umzügen und Transporten auf Lastkraftwagen und Kraftomnibussen enthält.

In einer für die Polizeibeamten bestimmten Instruktion sagt der Oberpräsident: Die Polizeiverordnung stellt selbstverständlich weder einen Eingriff in die Versammlungsfreiheit noch in die ordentlichen Verhältnisse dar. Sie bezweckt lediglich, dem unbeherrschbaren Zustande ein Ende zu machen, der dadurch entstanden ist, daß zu politischen Versammlungen und Versammlungen, die sonst in der Regel unabweisbar friedlich verlaufen würden, ortsfremde Schartruppen herangefahren werden. Da diese Truppen für die örtlichen Polizeiverwaltungen vielfach vollkommen überraschend antommen, konnten ausreichende vorbeugende Maßnahmen zum Schutze von Ruhe und Ordnung häufig nicht mehr getroffen werden.

Umzüge und Transporte von politischen Gruppen sind von den Polizeibeamten und den Landjägern durchaus sicher von harmlosen Fahrten dadurch zu unterscheiden, daß sie als Ziel in der Regel politische Versammlungen oder politische Kundgebungen haben. Die Persönlichkeiten der Teilnehmer an solchen Fahrten sind lünftig sämtlich festzustellen, damit die Befragung durchgeführt werden kann. Das verbotswidrig benutzte Fahrzeug ist in jedem Falle so sicherzustellen, daß eine Fortsetzung der verbotenen Handlung, das heißt die Heimfahrt, damit unmöglich gemacht wird.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Ringelbier; Gemeindefortschreibung: Dr. G. Geyer; Revue: Dr. John Schifowski; Volles: und Contingens: Aris Kersch; Anzeigen: H. Giese; Gutlich in Berlin; Berlin: Formaris-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Rotmütze-Verlagsdruckerei und Verlagsanhang Paul Sinner u. Co., Berlin SW 66, Unter den Eichen 2, Pörsch 2 Beilage und „Stadtblatte“.

Der Konflikt bei Ulsteins.

Ein Prozeß bis in die Nacht.

Der Prozeß Bernhard gegen Dr. Ulstein dauerte gestern bis in die Nachtstunden. Er gestaltete sich zuweilen äußerst stürmisch. Der Vorsitzende hatte seine Mühe, die Prozeßbelegungen zu überschreiben, mitunter sprachen sie mit erhöhter Stimme in einer Weise durcheinander, daß man überhaupt nicht glaubte, sich in einer Gerichtsverhandlung zu befinden.

Zu der Klage selbst äußerte sich Dr. Ulstein dahin, er habe seiner Ansicht nach mit Recht dem Kläger Bernhard den Vorwurf gemacht, dieser habe aus persönlichen Gründen die Kampagne gegen seine Frau eröffnet. Dr. Bernhard habe, ohne die ihm zur Kenntnis gebrachten französischen Akten auf ihre Richtigkeit zu prüfen, seine Frau der Spionage verdächtigt.

Professor Georg Bernhard erwiderte hierauf, die Behauptungen des Beklagten seien von Anfang bis zu Ende falsch. Er habe nie irgendwelche Recherchen vorgenommen und auch niemanden aus dem Verlage hinausdrängen wollen. Im Gegenteil habe er für Dr. Ulstein gekämpft und ihn von seiner Frau befreien wollen. Er habe auch niemals behauptet, daß der Spionageverdacht gegen Frau Rosi Ulstein berechtigt sei, sich auch nicht mit der Frage beschäftigt, ob die Angaben in den Akten richtig seien oder nicht. Tatsache sei, daß die französische Regierung Akten über Frau Rosi Ulstein führe. Wenn die französische Regierung dieses Material gegen die „Vossische Zeitung“ benutzt hätte, wäre ihm, dem Chefredakteur, der Vorwurf gemacht worden, er habe davon gewußt und nichts unternommen. Den Separatisten Mathes habe er, Bernhard, bis zum April v. J. überhaupt nicht gekannt. Als er ihm dann bei einer Gelegenheit vorgestellt worden sei, habe er das nicht vermeiden können.

Zur Frage des Spionageverdachts wurde nach Eintritt in die Beweisaufnahme als erste Zeugin Frau Rosi Ulstein selbst vernommen. Sie erklärte auf die Frage des Vorsitzenden und der Parteien, daß ihr nie aufgefallen sei, den Beobachtungen der Politischen Polizei in Paris unterstanden zu haben. Sie habe auch nie Beziehungen unterhalten, die sie in den Geruch hätten bringen können, Agenten gegen Deutschland zu sein. Sie habe auch nie Material irgendeiner Regierung zur Verfügung gestellt, auch nicht als deutsche Agentin gegen Frankreich oder als französische Agentin gegen Deutschland oder der französischen Regierung über den Aufbau der Sommearmee. Sie sei auch nie von der französischen Regierung ausgespioniert worden und es sei auch nicht wahr, daß es einem hohen französischen Beamten gelungen sei, den Ausweisebefehl rückgängig zu machen und daß er ihr irgendein diesbezügliches Dossier gezeigt habe. Wie die Akten entstanden seien, könne sie nicht sagen. Sie würde sie aber gern vorgelegt sehen.

Das Gericht beschäftigte sich auch mit dem Anteil, den der Angeklagte Bornstein, Redakteur des „Tagebuch“, an der Abfassung des Schriftsatzes der Rechtsanwältin des Dr. Ulstein hatte. Es wurde festgestellt, daß Bornstein auf Veranlassung des Dr. Ulstein Frau Rosi Ulstein in Böhlerhöhe aufgesucht, von ihr Informationen erhalten, diese verarbeitet und als Material den Anwälten überreicht habe. Diese Notizen sind dann teils mit in den Schriftsatz der Rechtsanwältin hineingenommen worden. Für diese Arbeit hat Bornstein von Dr. Ulstein ein Honorar erhalten. Frau Rosi Ulstein erklärte, daß bei dem Besuch des Angeklagten Bornstein in Böhlerhöhe keine Rede davon gewesen sei, daß er die von ihr erlangten Informationen für einen Schriftsatz verwenden sollte; es hieß, er wolle sie publizistisch verwerten. Die Vernehmung der Zeugin wurde bis in die späten Nachtstunden fortgesetzt.

Sie drücken sich gemeinsam!

Vorführungsbefehle gegen Reichstagsabgeordnete.

Kassel, 19. März. (Eigenbericht.)

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Kassel hatte sich heute der kommunistische Reichstagsabgeordnete Ernst Lohagen aus Kassel wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz zu verantworten. Lohagen hatte anlässlich einer Hungerdemonstration der Erwerbslosen mit dem mitangeklagten kommunistischen Agitator Sippel zu Gewalttätigkeiten aufgeleitet. Lohagen war mehrere Male vom Schöffengericht geladen worden, ohne jedoch jemals zu erscheinen. Diesmal hatte er sich wie früher damit entschuldigt, er könne wegen Ueberlastung mit Arbeit nicht erscheinen. Der Brief datiert vom 10. März, dem Tage, an dem Lohagen vom Reichstagspräsidium auf 30 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen wurde. Das Schöffengericht erläßt zum nächsten noch zu bestimmenden Termin einen Vorführungsbefehl.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder hatte sich ebenfalls wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz zu verantworten. Er hatte in der Stadthalle in Kassel eine Bahndemonstration veranstaltet, in der er die Republik mit einem rassistischen Rinde verglichen hatte. Der heutige Termin war der vierte, zu dem Feder nicht erschienen war. Sein Verteidiger machte geltend, daß er aus grundsätzlichen Erwägungen nicht erscheine, da er vom Reichstoge noch keine offizielle Mitteilung über die Aufhebung seiner Immunität erhalten habe. Es liegt dem Gericht ein Erlaß des preussischen Justizministers vor mit der Mitteilung, daß der Reichstog die Immunität tatsächlich aufgehoben habe. Das Gericht beschloß infolgedessen einen Vorführungsbefehl gegen Feder, der sich zur Zeit in Steiermark befindet.

WERTHEIM

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Billige

Lebensmittel

Soweit Vorrat!

Frisch. Fleisch

Suppenfleisch	0.68
Rinderkamm	0.82
Schmorfleisch	1.14
Roastbeef	1.38
Gehacktes	0.75
Gulasch	0.90
Lieserl	0.64
Rückenfett	0.64
Hammel-Vorderfl.	0.94
Schweinerücken	0.78
Schweineschink.	0.86
Kahler	0.88
Fr. Bratwurst	1.10
Frisch. Eisbein	0.60
Kalbskamm	0.68
Kalbsbrust	0.76
Kalbskeule	0.88

Wurstwaren

Hausmach.-Sülze	0.52
Hannov. Rotwurst	0.70
Dampfwurst	0.88
Bockwurst	1.08
Leberwurst	1.10
Jagd-, Kümmelwurst	1.25
Holsteiner	1.38
Leberwurst	1.40
Teewurst	1.45
Berliner Mettwurst	1.10
Bierwurst	1.30

Käse u. Fett

Camembert	0.25
Harzerkäse	0.48
Dän. Schweizer	0.80
Limburger	0.46
Steinbuscher	0.88
Margarine	0.40
Tafelbutter	1.58
Dän. Butter	1.74

Konserven

Schnittbohnen	0.38
Brechbohnen	0.38
Schn.-u. Brech-Bohnen	0.54
Spinat	0.38
Gemüse-Erbsen	0.46
Erbsen	1.10
Gemischt. Gemüse	0.60
Gemischt. Gemüse	0.84
Sellerie	0.38
Senfgurken	0.72
Bruchspargel	1.35
Stangenspargel	1.65

Kolonialwaren

Bruchreis	0.15
Tafelreis	0.20
Haferflocken	0.22
Eier-Schnitt-Nud.	0.44
Makkaroni	0.44
Linsen	0.15
Weißbohnen	0.18
Viktoria-Erbsen	0.16

Obst u. Gemüse

Amerik. Apfel	0.38
Kalif. Birnen	0.38
Zitronen	0.32
Apfelsinen	0.38
Bananen	0.98
Jaffa-Orangen	0.98
Möhren	0.06
Weißkohl	0.08
Wirsingkohl	0.12
Sellerie	0.10

Wein

1929 Oberhaardter Tischw.	0.73
1929 Dürkheimer Rotwein	0.80
1928 Wöllsteiner Hüllberg	0.90
1926 San Justo Edelrotwein	1.30
Samos-Extra	1.50
1929 Sioferth. Marienberg	1.00
1925 Chät. Lafour-Bardis	1.50
1928 Makkamorer Schlangeng.	1.35
1926 Würzberg. Frauenbg.	1.80

Gänse 68, 78, 88 Pf.

Wolgahühner	0.90
Suppenhühner	1.02
Brathühner	1.15
Frische Eier 10 Stück	0.68
Schellfisch	0.18
Kabeljau	0.18
Seelachs	0.18
Fisch-Filet	0.24
Zander	0.28
Lachs	0.68
Grüne Heringe	0.38
Bratschollen	0.58
Spiegelkarpfen	0.95
Frisch gebr. Kaffee	1.90 2.40 2.80 3.20 3.60

Schuldebatte im Stadtparlament
Weltliche Schule als Vorbild - Wichtige Abstimmungen

Im Foyer des Stadtverordnetenversammlungssaales gab es gestern nur einen „Beratungspunkt“: Die Oberbürgermeisterwahl. Alle möglichen neuen Kombinationen wurden zwischen Pressevertretern und Stadtverordneten diskutiert.

Im November vorigen Jahres kam von bürgerlicher Seite — diesmal waren es die Deutschnationalen — wieder einmal der Antrag, die städtischen Wirtschaftsbetriebe, mit Ausnahme der lebenswichtigen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, aufzulösen.

Genosse Flatau

nochmals Anlaß, den Lange'schen Behauptungen entgegenzutreten. Die kommunistische Fraktion, erklärte Flatau, hätte jeden Augenblick Gelegenheit, sich an Hand der Verhandlungen des Untersuchungsausschusses des Landtages, dessen Vorsitzender ja der kommunistische Stadtverordnete Schwent sei, Gewißheit über den Stadtverordneten Loewig zu verschaffen.

45 Minuten Abstimmungen.

Um 19 Uhr wurden die Abstimmungen zu den am Dienstag verhandelten Anträgen vorgenommen. Abgelehnt wurde der Antrag der Kommunisten, der gegen die angebl. Verminderung der Volkstüchen protestiert.

Grundvermögenssteuer auf Sportgrundstücke

hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, der gestern mit großer Mehrheit angenommen wurde. Bewilligt wurden ferner 40.240 M. Rückstellungen für das Obdachlosenheim in Neuföllin.

die Bier- und Bürgersteuer beschlossen, zunächst gegen die Einführung dieser Steuern überhaupt zu protestieren und ferner die inzwischen erfolgte Erhebung der Steuern in Zukunft nicht mehr ausführen zu lassen.

weil der Magistrat nicht Steuern aufheben kann, die von den feinerzeit eingeleiteten Staatskommissaren verfügt worden sind.

Abgelehnt wurde schließlich gegen die gesamte Rechte der deutschnationale Antrag wegen der Auflösung kommunaler Wirtschaftsbetriebe.

Als Sachverständige in den nach dem Reichshelmskätten-gesetz zu errichtenden Beirat wurden gewählt Reinhold (Soz.), Steiniger (Dnat.), und als Stellvertreter Guttschmidt (Soz.) und Beuster (D. Sp.).

Eine vermehrte Unterweisung der Kinder über die Verkehrsgesfahren forderten die Demokraten in einem Antrag, den Stadt. Dr. Bamberg (Dem.) vertrat.

Stadtschulrat Nhdahl (Soz.)

betonte, daß jetzt eine große Anzahl von Lehrern, Polizeibeamten und anderen Persönlichkeiten zur Verfügung stehen, die an den Schulen Vorträge halten. In allen Anstalten ist Material zur Verfügung von Unfällen vorhanden: die städtische Verkehrsgesellschaft hat: Bildtafeln und Aufklärungsschriften zur Verfügung gestellt, auf Plakatlättern und Stundenplänen sind Verkehrsregeln aufgedruckt.

Stadt. Rahenstein (Soz.)

erklärte gegenüber dummen Redensarten eines kommunistischen Redners, daß die Sozialdemokraten die Frage der Kinderunfälle niemals zu einer Parteifrage machen würden. Die Öffnung der Schutzplätze als Nachmittagsspielplätze für die Kinder sei zu er-

Sieger: Schön - Pijnenburg
Schwacher Schluß des Sechstagerrenns

Mit dem Siege der Mannschaft Schön-Pijnenburg ging gestern abend 11 Uhr im Sportpalast das an uninteressanten und monotonen Momenten so reiche Jubiläumrennen zu Ende.

Um 10 Uhr erkömte endlich der Schuß, der den Beginn der letzten Stunde, in der ununterbrochen gespartet wurde, anzeigte. Die Hoffnung, daß wenigstens hier der Versuch gemacht würde, dieser schwachen Sechstagesfahrt einen erfreulichen Abschluß zu geben, erwies sich als trügerisch.

wagen. Genosse Kagenstein konnte feststellen, daß es eine wirkliche Schule ist, in der — selbst nach Meinung des Stadt. Dr. Bamberg — ein vorbildlicher Berufsunterricht stattfindet.

in Rußland die meisten verwahtlosten Kinder auf der Straße herumlungern müssen.

(Geheul bei den Kommunisten.) Der demokratische Antrag wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Der öffentlichen, um 21 Uhr beendeten Sitzung schloß sich eine geheime an.

Genossin Dr. Käthe Frankenthal hat ihr Stadtverordnetenmandat niedergelegt, nachdem sie an Stelle des Genossen Adolf Hoffmann in den Landtag eingetreten ist.

Auch Scholz verzichtet.

Bürgermeister Scholz hat dem Vorsitzenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei, dem Stadt. Schwarz, mitgeteilt, daß er nicht beabsichtigt, für die Wahl des Oberbürgermeisters zu kandidieren, und demgemäß gebeten, von seiner Präsenzation Abstand zu nehmen.

Vom Hungertod bedroht.

Die Schiffbrüchigen der „Biting“ in höchster Not.

New York, 19. März.

Die Regierung von Neufundland hat die Befehle der Hilfs-schiffe, die infolge der Eisverhältnisse Horze Islands nicht erreichen können, aufgefördert, den Versuch zu unternehmen, die Eisbarriere vor Horze Island zu Jäh zu überqueren, da die Schiffbrüchigen und die Bewohner der Insel in unmittelbarer Gefahr schweben, Hungers zu sterben.

Ein lebensmüdes Mädchen.

Psychopatin springt in den Landwehrranal.

Das Schöneberger Ufer in unmittelbarer Nähe der Potsdamer Brücke war gestern der Schauplatz eines überaus aufregenden Vorfalles. Ein Mädchen kletterte vor dem Hause Schöneberger Ufer 25 plötzlich über das Geländer der an dieser Stelle sehr still abfallenden 6 Meter hohen Böschung und sprang in den Landwehrranal.

Ostertanz des Reichsbanners. Das Musikkorps des Ortsvereins Neuföllin-Brig, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, veranstaltet am Sonntag, dem 5. April 1931, 17.30 Uhr (1. Ostertag), in Altem Festhale im Rahmen eines Ostertanzes eine Musik- und Varieté-Revue.



Ruh, da er nüchtern ist und genau weiß, was in der Bank geschah, daß der Direktor recht hat, daß die Unterstützung eben darum gerade bei zwanzig Morggen anfängt, weil er bloß achtzehn hat, und daß die zwei fehlenden Morggen Platz bieten für einen ganzen Friedhof voll solcher nutzlosen Existenzen wie Friedrich Papendied — nu weiß er auch, daß er morgen nicht wieder zurückfährt; daß er diesen Weg zum letztenmal fährt.

Belgier; früher hatte man auch selber noch Zeit. Vorbei. Papendied. Hat ja auch wirklich keine Eile heute. Wirklich nicht. Denn das Ende, nicht wahr, das Ende von dieser Fahrt und überhaupt von allem — das ist ja klar. Das hat man sich ungefähr so zu denken — und Friedrich Papendied verfällt in seine alte, kindliche und eille Gewohnheit, sich alles gedruckt vorzustellen.

Heidekraut zu stöbern, zieht dabei den Wagen ab und zu ein Stückchen weiter. Der Wind beißt jetzt plötzlich mit tausend winzigen, scharfen Zähnen: das ist der Sand, Papendieds Sand, den der Wind seinem Besitzer höhnisch ins Gesicht wirft.

Für wahre Kultur!

Erfolgreiche Arbeit zur Bekämpfung des Rauschgiftes.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Alkoholgegner (Afa) hielt soeben ihre diesjährige Hauptversammlung ab, die leider nicht so gut besucht war wie in den Vorjahren, da viele ihr angehörige Parlamentarier durch die zurzeit anstehenden ungewöhnlich wichtigen parlamentarischen Arbeiten und Beratungen am Kommen verhindert waren.

Die Versammlung wurde von dem zweiten Vorsitzenden Genossen Tempel geleitet. Stadtrat Genosse Dr. Drucker, der Geschäftsführer der Afa, gab den Bericht über das dritte Geschäftsjahr. Große Aktionen sind nicht unternommen, die Arbeiten jedoch wirksam und erfolgreich weitergeführt worden. Eingeleitet wurde das Geschäftsjahr mit jener eindrucksvollen Kundgebung im Herrenhause, auf der die Rede des Genossen Severing durch Rundfunk übertragen wurde. Sämtliche Reden wurden dann in einer Broschüre zusammengefasst, die nahezu ausverkauft ist. Besonders erfolgreich erwies sich ein Wochenendkursus für sozialdemokratische Lehrer und Lehrerinnen in Lübbenau.

Die Nachrichtenkorrespondenz ist nicht so sehr von der Presse als von den Organisationen aufgenommen und benutzt worden. Während die Beziehungen zu den Gewerkschaften sich ständig bessern, sind sie zu den Arbeiterparteiern leider noch sehr locker. Ausgezeichnet war das Zusammenarbeiten mit den Krankenkassen, von denen eine Anzahl Führer auch persönliche Mitglieder sind. Die beiden alkoholfreien Gaststätten haben sich gut entwickelt. Einige Vorschriften des Schankstättengesetzes haben sich ungünstig ausgewirkt. Das Verbot des glasweisen Ausschanks von Spirituosen wird durch Verkauf ganz kleiner Flaschen umgangen. Die als äußerste Grenze bezeichnete 1-Uhr-Vollzeitsunde wird vielfach als Regelmaß genommen. Die Reichstagsfraktion wird sich zu gegebener Zeit mit diesen Dingen beschäftigen müssen. Ein Werbeplan wird vorbereitet. Die Kasse ist in bester Ordnung. Es war möglich, im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Anzahl sozialistischer Kulturorganisationen zu unterstützen. Den in der Aussprache vom Genossen Höpfer gegebenen Anregungen, auch die Polizeibeamten über die Schäden des Alkohols zu unterrichten und der Gefahr einer Verkleinerung des Fonds im Reichsinnenministerium zur Bekämpfung des Alkoholismus zu begegnen, wurde Beachtung zugelegt. Die Vorstandsmehrheit ergab Widerwohl des bisherigen Vorstandes, der sich zusammensetzt aus den Genossen Severing (erster Vorsitzender), Tempel (zweiter Vorsitzender), Dr. med. Drucker (Geschäftsführer), Minister Grimm, Professor Grothahn, Marie Judacz, Th. Kretschmar, Dr. R. Wöstenstein, Toni Büß, Wilhelm Solmann und Mathilde Barm.

Voraus ging den geschäftlichen Beratungen ein tief schürfender Vortrag des Genossen Sanitätsrat Dr. Juliusburger über Psychologie und Soziologie des Alkoholismus, in dem sich der Redner mit den Theorien Freuds auseinandersetzte und stark, eindrucksvoll und überzeugend die Unmöglichkeit der Trennung von Körper, Seele und Geist betonte. Trotzdem müsse man Freud als einen ganz großen und starken Anreger betrachten, an dem kein moderner Psychologe, der ernst genommen werden wolle, vorbeigehen könne. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Professor Grothahn und Pastor Franke.

Urteil gegen die Mordbuben.

13 Jahre Zuchthaus für den Hauptangeklagten.

Im Prozeß gegen die drei jungen Burschen, die am 21. Dezember v. J. die Frau des Zigarrenhändlers Ridmann getötet, den Chemann Ridmann schwer verletzt und die Kasse ausgeplündert haben, wurde von dem Landgericht I der Hauptangeklagte Halubka wegen schweren gemeinschaftlichen Raubes mit Todeserfolg, in Tateinheit mit Totschlag, schwerer Körperverletzung zu 13 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Der Angeklagte Mohring erhielt wegen gemeinschaftlichen Raubes mit Todeserfolg in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, der Angeklagte Popp wegen Beihilfe 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Das Gericht ist also den Strafanträgen des Staatsanwalts nicht gefolgt, der gegen Halubka lebenslängliches Zuchthaus, gegen Mohring 12 Jahre Zuchthaus und gegen Popp 4 Jahre Zuchthaus beantragt hatte. Mit Recht hatte das Verbrechen in der Stargarder Straße größte Empörung hervorgerufen. Der Chemann Ridmann ist zwar mit dem Leben davon gekommen, leidet aber heute noch an der Gehirnerschütterung, die ihm Mohrings Kinnhaken verursacht hatte. Die Verteidigung aber betonte gleichfalls mit Recht, daß auch die soziale Seite dieses Verbrechens wie überhaupt jedes anderen, mit zu berücksichtigen sei. Und in der Tat, die Einblicke, die man in dieser Beziehung während der Verhandlung erhielt, waren erschütternd. Unglaublich, in welchem sittengefährdenden Milieu die arbeitslose Jugend heutzutage lebt. In dem Helme, in dem sie übernachteten, gehörte „ein Ding drehen“ zum ständigen Gesprächstoff. Die Angeklagten erzählten ihren Schlafgenossen von ihren Absichten, zeigten einen Revolver herum, machten gar kein Hehl daraus, daß sie ein Ding zu drehen beabsichtigten und waren überzeugt, daß niemand sie verraten würde. Das Gericht konnte selbstverständlich nicht unberücksichtigt lassen, wie die Angeklagten zu der Tat gekommen waren. Eine traurige Kindheit, schlimme häusliche Verhältnisse, Arbeitslosigkeit und die feilsche Rot der heutigen Jugend. Zwei von den Angeklagten waren uneheliche Kinder und Halubka erfuhr erst im Alter von 19 Jahren, daß er nicht Sohn seines Vaters ist.

Die fürchterliche Tat sollte eine neue Warnung sein für die arbeitslose Jugend in ihrer unermesslichen feilschen Rot viel mehr zu tun, als heute geschieht.

Freie Schulgemeinde Lichtenberg. Die Versammlung der Freien Schulgemeinde Lichtenberg findet nicht heute, sondern am Montag, dem 23. März 1931, statt.

Verkehrsrückgang bei der Reichsbahn. Die Reichsbahn beförderte auf der Berliner S-Bahn im Monat Februar dieses Jahres 31.231.407 Personen. Gegen Februar 1930 mit 36.034.651 Personen ergibt sich ein Jahresrückgang von 13,3 Prozent.

Musik bannt Not

Selbsthilfe der arbeitslosen Musiker — Appell an die Öffentlichkeit

Für erwerbslose Musiker Verdienstmöglichkeiten zu schaffen, ist immer noch leichter als für andere Berufe. Ein Konzert, noch dazu wenn es hohes künstlerisches Niveau hat, kann als „Helfer in der Not“ manchmal ein ganz schönes Stück Geld einbringen.

Diesen Gedanken in die Tat umzusetzen zu haben, ist das Verdienst des freigewerkschaftlichen Deutschen Musikerverbandes und seiner Funktionäre. Das Arbeitsamt wirkte bei der Sache mit, ihm konnte es nur recht sein, das grenzenlose Elend der Berliner Berufsmusiker wenigstens etwas gemildert zu sehen. Und so stellte man ein Orchester von 200 Mann zusammen, alles erstklassige Musiker mit Hochschulbildung, Künstler, die erwerbslos und untätig auf der Straße liegen und so erfahren, daß Kunst zwar Kunst, aber darum noch lange nicht Brot bringt. Intendant Dr. Kurt Singer gab das Städtische Opernhaus bereitwilligst her, die Generalmusikdirektoren Dr. Stiedry und Breisach waren von den Funktionären der Stadtoper bald gewonnen, Professor Leonid Kreutzer und der Konzertchor, sie alle übernahmen ohne Entschädigung die Mitwirkung, und so stiegen am 15. Februar und am 8. März die ersten Konzerte des Orchester-Orchesters von 200 arbeitslosen Musikern.

Alle hatten die Freude, ein brechend volles Haus zu finden. Es ist nicht zu viel gesagt: Man sah es den Spielern an, daß sie mit höchster Hingabe musizierten, denn schließlich kommt ein Selber, ein Bläser noch schneller aus der Übung als ein anderer Erwerbsloser. Groß war bei den ersten Konzerten der finanzielle Erfolg, für den einzelnen allerdings nicht, wenn auch das Jahrgeld für die Proben das Arbeitsamt bezahlte, aber trotzdem — etwas ist besser als nichts.

Mechanisch auf Schallplatten konservierte Musik, der Tonfilm, Auslandskapellen, nach Feierabend arbeitende Beamtenmusiker, Militärmusik, Liebhaberorchester lassen den Berufsmusiker, selbst den besten, routinierteren drohen. Als Hugenberg die Ufa-Theater auf den Tonfilm umstellte, wurden in Berlin allein 450 Musiker erwerbslos.

In Deutschland sind von 60 000 Berufsmusikern nicht weniger als siebenzig Prozent ohne Arbeit!

Deshalb ist der Appell, der mit solchen Arbeitslosenkonzerten an das öffentliche Gewissen gerichtet wird, von größter Bedeutung. Nicht allein, daß die Not der Musiker erkannt wird, es wird auch bewiesen, daß arbeitslos sein noch lange nicht heißt, künstlerisch leistungsunfähig zu sein. Und schließlich schadet es auch nicht, wenn Stadt, Staat und Reich immer wieder veranlaßt werden, dort, wo ihr Einfluß möglich ist, auf die Beschäftigung von arbeitslosen Berufsmusikern zu dringen. Ist das schon in allen Ratskellern, Konzerthallen, auf allen amtlichen Feiern der Fall? Dieser Tage erst ist der Zivilberufsmusikerkapelle im Charlottenburger Ratskeller deshalb gekündigt worden, weil sie in Verhandlungen mit dem Defonon dafür eintreten wollte, daß einer sogenannten uniformierten Militärmusikerkapelle das Musikieren im Ratskeller unterjagt wird.

Schüsse im Bezirksamt.

Verzweiflungstat eines arbeitslosen Familienvaters.

Zu einem heftigen Auftritt kam es gestern auf der Wohlfahrtsstelle des Bezirksamtes Kreuzberg in der Yorkstr. 11. Der 27 Jahre alte Arbeiter Anton C. aus der Jossener Straße war hier in Begleitung seiner Frau und seines Kindes erschienen. Er legte den Brief eines Arztes vor, auf Grund dessen er um eine Pflegezulage für Frau und Kind ersuchte. Von den Beamten wurde ihm vorgehalten, daß er für seine Frau Arbeitslosenunterstützung bezogen habe, die ihm nicht zugestanden habe. Es kam deshalb zu einem heftigen Streit. In seiner Erregung griff C. die Beamten lässlich an und sollte aus den Diensträumen entfernt werden. Er widersetzte sich und zog plötzlich eine Scheinrevolverpistole aus der Tasche und gab mehrere Schüsse gegen die Zimmerdecke ab.

Er geriet hierauf in einen Ringkampf mit dem 30 Jahre alten Angestellten Hans Hildebrandt, den er mit dem Revolverknäuel mehrmals auf den Kopf schlug. Ein Amtsbote, der hinzukam, schlug C. mit einem Stuhlbein ebenfalls über den Kopf, und so konnte der Arbeiter überwältigt werden. Es gelang ihm aber, sich loszureißen und aus dem Hause zu flüchten. Auf die Hilferufe wurde er von Polizeibeamten auf der Straße festgenommen. Die Verletzungen des Angestellten Hildebrandt sind geringfügig. Er konnte nach Anlegung eines Verbandes nach Hause gehen. C. wurde nach seiner Vernehmung auf der Polizei wieder entlassen.

Ein anderer Vorfall, der auch eine Verzweiflungstat darstellt, ereignete sich am Donnerstagvormittag auf dem Wohlfahrtsamt in der Chausseestr. 42, im Norden Berlins. Auch hier lagen Differenzen wegen Arbeitslosenunterstützung zugrunde. Eine 19 Jahre alte Arbeiterin Elisabeth Heinicke aus der Choriner Str. 70 stürzte sich, ehe man sie daran hindern konnte, aus einem Fenster in zweiten Stock auf den Hof hinab. Mit einer Verstauchung des Beckens mußte sie in das Lazarus-Krankenhaus gebracht werden.

Erdrutschkatastrophe in der Schweiz.

Bälder stürzen zusammen. — Fünf Dörfer bedroht.

Im Amtsbezirk Schwarzenburg sind gewaltige Erdmassen langsam aber ständig im Fortschritt begriffen, so daß eine schwere Katastrophe befürchtet wird. Es handelt sich um ein großes Waldgebiet und um vier Behlungen, die vernichtet werden.

Bereits Mittwochnachmittag wurden an verschiedenen Stellen tiefe Erdrillen festgestellt. Der Balkon eines Hauses stürzte plötzlich ab. Die Einwohner eines Dorfes mußten in größter Eile Gebäude und Ställe räumen. Infolge der tiefen Schneedecke ist es den Behörden noch nicht möglich gewesen, sich ein Bild von der tatsächlich drohenden Gefahr zu machen. Eine weitere Ausdehnung des Erdrisses würde fünf im Tale der Schwarzwasser

Genosse Prießel vom Deutschen Musiker-Verband streifte diese Fragen kurz in einer Ansprache beim zweiten Konzert am 8. März. Er forderte Verständnis und Solidarität für die arbeitslosen Musiker, dankte aber auch in ihrem Namen für den Erfolg der ersten Konzerte. Wer Bedarf an Musik jeder Art hat, der wende sich an den Deutschen Musiker-Verband in der Kommandantenstraße 64, wo er kostenlos von Fachleuten beraten wird. Der DMB wird künstlerisch hochwertige Konzerte arbeitsloser Berufsmusiker an folgenden Tagen veranstalten: 27. März und am Karfreitag in der „Neuen Welt“, Dirigent Goldschmidt; 8. April Hochschule für Musik Charlottenburg, Dirigent Generalmusikdirektor Kleiber, Solist Professor Kulenkamp (Klavier); 19. April Matinee bei Kroll; 23. April Philharmonie, Dirigent Dr. Zander, Solist Professor Busch (Violine). Daneben hören die Rundfunkteilnehmer öfter, als sie es wissen, arbeitslose Berufsmusiker im Rundfunk — übrigens auch ein Erfolg des „Appells an das öffentliche Gewissen“ durch den Deutschen Musiker-Verband.

„Lugusappartements.“

Der Hausgewaltige des Hauses Berlin N. Milastraße 4, ist kein Unmensch, er läßt mit sich reden; diese „großzügige Wer“ ist nur leider erst zu entdecken, wenn seine Mieter, die er ganz nach Belieben oft und in verschiedener Höhe steigert, anfangen, ungemächlich zu werden.

Am Hause Milastraße 4 sind insbesondere die Bewohner des Quergebäudes in wohnlicher Beziehung wirklich nicht auf Rosen gebettet; das Haus beherbergt eine große Fabrik, die den ganzen Hof mit Fuhrwerken vollräumt, oft sind die Hausbewohner gezwungen, buchstäblich unter den Wagen durchzukriechen. Die Hofgenossenschaft ist weiter durch eine große Mistkute verschönt. Die meisten Wohnungen haben überhaupt kein Licht, sind dafür zum Ausgleich infolge ihrer allzu freien Lage hundekalt und nur sehr schwer zu erhitzen. Trotzdem findet der Herr Hauswirt, daß er aus diesen „Lugusappartements“ noch zu wenig herausholt und bedroht und bedrängt die Hausbewohner unausgesehrt mit Mietsteigerung. Auf Beschwerden und Klagen wird überhaupt nicht reagiert, dagegen hat jeder, der mit ihm in Zwist lebt, bei einer zufälligen Begegnung allerlei hübsche Redensarten zu gewärtigen. Ein Gelähmter, der kümmerlich von seiner Rente lebt und um Ermäßigung einkam, wurde trotz gültiger Erbedigung seines Besuchs monatlang mit der Herabsetzung der Miete hingehalten. Beschwerden beim Wirt oder den zuständigen Stellen verlaufen im Sande. Dabei gilt und sagt noch jeder, wenn er sich allzu unbeliebt macht, indem er sein gutes Recht verlangt, auch noch aus diesem „Paradies“ hinausgegraut zu werden. Wann wird dieser qualvolle Kampf zwischen Hauswirt und Vermieter endlich sein Ende nehmen?

Liegenden Dörfer bedrohen. Im Erdrutschgebiet bieten uralt Staatswälder einen trostlosen Anblick. Rächige Tannen sind gestürzt. Tiefe Erdrisse machen das Befahren der Gegend unmöglich. Sämtliche umliegenden Dörfer sind geräumt worden.

Wieder Saalschlacht!

In einer Naziverammlung in der Frankfurter Allee 313 kam es gestern abend wieder einmal zu einer schweren Schlägerei zwischen Hakenkreuzlern und Kommunisten. Zahlreiche Fenster- und Türscheiben wurden durch ein Steinbombardement zertrümmert. Mehrere an der Schlägerei Beteiligte sowie ein Polizeibeamter erlitten Verletzungen. Zwei Haupttäterschüler wurden festgenommen und der Politischen Polizei übergeben.

Neue Flugzeugkatastrophe.

Rom, 19. März. (Eigenbericht.)

Der bekannteste Flieger Italiens, Maddalena, wurde am Donnerstag bei Marino di Pisa mit zwei Begleitern das Opfer einer Flugzeugkatastrophe. Maddalena, der mit seinem Begleitern in einem Wasserflugzeug aufgestiegen war, stürzte kurz nach dem Start aus bisher noch unbekanntem Grund ab. Er und seine beiden Begleiter verunglückten tödlich.

Reichsgericht bestätigt Todesurteil.

Am 22. November vorigen Jahres verurteilte das Schwurgericht in Schneidemühl den Fischereipächter Baginski wegen Raubmordes an dem Viehhändler Lach aus Chemnitz zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Wegen Beihilfe zu diesem Verbrechen wurde vom gleichen Gericht der Landwirt Widuda zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Beide hatten gegen das Urteil Revision eingelegt. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat jetzt die Revisionen verworfen.

Gastbefehl gegen Kommunist Feuz.

Der Kaufmann Feuz, der Führer der Ortsgruppe Rauen der K.P.D. und Stadtverordnete von Rauen, wurde gestern dem Vernehmungsrichter in Spandau vorgeführt unter der Beschuldigung, führend an den Zusammenstößen zwischen Polizei und Kommunisten in Rauen am Abend des 17. März beteiligt gewesen zu sein. Der Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Spandau hat gegen Feuz Gastbefehl wegen schweren Aufruhrs in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch erlassen.

Das schwere Anklagewort in Moabit konnte bisher noch nicht weiter geklärt werden, da der schwerverletzte Führer des einen Unglücksomagens, der 30jährige Paul Riatt aus der Rindener Straße 2, und der gleichfalls schwerverletzte 52jährige Arbeiter Otto Zahn aus der Rühriner Str. 11 noch nicht vernehmungsfähig sind. Der bei dem Unfall Getötete ist ein 45jähriger Arbeiter Franz Theuerkauff aus der Erasmusstr. 16.



Knorr Bratensoße

Für Fleischreste, Klops, Leber, Nieren, Hackbraten, Bratwurst usw.; für fleischlose Mahlzeiten und für Spezialsoßen wie Tomaten-, Sahnen- u. Sardellensoße.

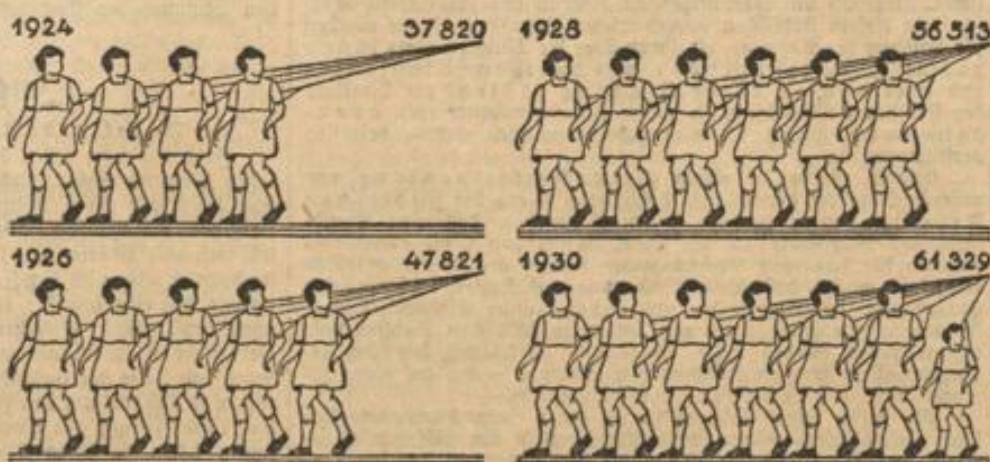
Ein herrliches Hilfsmittel für Hausfrauen!

1 Würfel — 1/4 Liter.

Vatersorgen! - Berlin als Vormund

Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Kinder, denen Berlin als Vormund dient, für die es gleichsam an die Stelle der Eltern tritt. Die Bezirksjugendämter als Amtsvormund betreuen diese Kinder in fürsorglicher und insbesondere in gesundheitlicher und erzieherischer Hinsicht; sie sind auch gesetzliche Vertreter dieser Kinder. Die Ausübung der vormundschaftlichen Obliegenheiten ist 75 Stadtvormündern übertragen. Jährlich kommen rund 8000 in Berlin neugeborene uneheliche Kinder unter Vormundschaft. Bei 3300 dieser Kinder wird die Vaterschaft und Unterhaltspflicht freiwillig in vollstreckbarer Urkunde auf dem Jugendamt anerkannt. Es müssen jährlich 3500 Prozesse wegen Feststellung der Vaterschaft und Unterhaltspflicht geführt und außerdem jährlich 16 000 Termine bei den Berliner Amtsgerichten

Die Städtischen Bezirks-Jugendämter führten Vormundschaften und Pflegschaften am 1. Juli



wahrgenommen werden. Die eingezogenen Unterhaltsgelder betragen jährlich rund 10 Millionen Mark.

Die Partei wächst! - Weiter voran!

Zahlen über den Aufstieg - Die Berliner Kreisvertreter berichten

Wie die Versammlung der Kreisvertreter im 5. Kreis zeigte, ist die Parteiarbeit auch im Kreis Friedrichshain erfolgreich gewesen.

Zum Eingang seines Jahresberichts gedachte der Kreisvorsitzende Genosse Buchmann der verstorbenen 57 Parteimitglieder. Im übrigen haben die letzten Monate bewiesen, daß die Aktivität der Parteigenossen und -genossinnen auch im Friedrichshain durch die politischen Ergebnisse der Wahl vom 14. September sehr gesteigert worden ist. Aber auch frühere Kundgebungen und Veranstaltungen hatten schon beachtenswerten Widerhall gefunden. Hervorzuheben sind dabei die Gedankfeier für die Märzgefallenen, die Maffeiern, die Antifriedensdemonstration im August und die Kundgebung gegen den Faschismus im Saalbau Friedrichshain am 8. Dezember, in der Genosse Rabe sprach. Ebenso fanden die zahlreichen zentralen Veranstaltungen stärkste Beteiligung. Sehr reger war die Wahlarbeit im Bezirk, in deren Mittelpunkt zwei riesige Straßenkundgebungen standen. Jugend und Reichsbanner loten sich dabei besonders hervor.

Welchen Widerhall die ganze Agitationstätigkeit nach außen weckte, erahnt der Aufstieg der Mitgliederbewegung. Im Laufe des Jahres 1930 stieg die Ziffer von 5441 auf 6113, davon sind fast 25 Proz. weibliche Mitglieder. Auch die Jugend ist gut vertreten.

995 Neuaufnahmen sind in diesem Jahre zu verzeichnen.

Beim Massenbericht konnte besonders auf die Opferwilligkeit der Mitgliedschaft bei Wahlen usw. hingewiesen werden. Sehr gut hat

sich die Frauenarbeit in Besprechungen, bei Besichtigungen und in der Arbeiterwohlfahrt entwickelt. 44 weibliche Funktionäre wirkten in den 7 Abteilungen des Kreises. In 78 Wohlfahrtskommissionen arbeiten über 400 Genossinnen und Genossen. Die soziale Verbesserung im Osten wird deutlich in der Bearbeitung von rund 15 000 Angelegenheiten in diesem Kreise. Von der Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt sind u. a. die Nähstube im Heim Brommstraße 1 (Freitags von 18-22 Uhr) erwähnenswert, in denen wirtschaftlich schlecht gestellte Genossinnen die notwendigen Neu- und Ausbesserungsarbeiten an ihrer Kleidung vornehmen können.

Besondere Beachtung bedarf die Jugend- und Bildungsarbeit. Die Kinderfreundebewegung hat eine feste Gruppe gebildet. Insgesamt sind jetzt fast 400 Kinder und Eltern zur Mitarbeit gewonnen. 4 Heiser und 48 Kinder konnten mit in die Zeltlager Münster und Thuner See (Schweiz) gefahren werden. Die Mitgliederzunahme bei der SWV beträgt 10 Proz. Die Bildungsarbeit hat unter der Leitung des Genossen Sabczynski einen vorzüglichen Fortschritt zu verzeichnen.

Anschließend gab Genosse John einen sehr instruktiven Bericht aus der Pressekommission. Für die Wahlen zum Kreisvorstand lagen die Vorschläge der Abteilungen vor, die zum Teil eine Umbelegung wünschten. Jedoch setzte sich die Auffassung durch, daß in der jetzigen kritischen politischen Situation besser die alte Besetzung einbezogen wird. Es wurden gewählt als Vorsitzende Buchmann und Bucalka, als Kassierer Bey und Grünler, als Schriftführer Baus und Seiserl, als Beisitzer Frau Renck, Günther, Ulrich und Köhl, als Frauenvertreterinnen die Genossinnen Bengels und Gröhinger.

230 neue Genossen im Kreis Mitte.

Auf dem Kreisvertretertag des 1. Kreises trug den Jahresbericht Genosse Kiese vor. Die Partei ist trotz allem Aufsturm gewachsen. 737 Mitglieder, darunter 215 Frauen, sind gewonnen worden, so daß am 1. Januar 1931 3309 Männer und 1177 Frauen, also 4486 Mitglieder vorhanden waren.

Es wäre eine Freude, den Bericht der Frauen, gegeben von der Genossin Gerstmann, zu hören. Man stelle sich: die Frauen werden aktiv. Jugend und Kinderfreunde wachsen, doch wirkt sich hier die wirtschaftliche Not recht fühlbar aus. Finanziell muß hier der Kreis mehr helfen. Die Wohlfahrt hatte im Kreise etwa 600 Fälle Jugendgerichtspflege zu bearbeiten neben tausende anderer Hilfen. Aus dem Reichsbanner-Bericht klang gute Gemeinschaftsarbeit heraus. Bei der Neuwahl wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden Genosse Kiese, 2. Vorsitzender Genosse Bernau, 1. Kassierer Genosse Nagel, 1. Schriftführer Genosse Ruh, 1. Frauenleiterin Genossin Frida Gerstmann, als Beisitzer die Genossen Moldenhauer, Schmahl, Rothenburger, Hoffmann, Brendel, Semandowski.

Unsere Arbeit im roten Wedding.

Auf dem Kreisvertretertag der Weddingener Sozialdemokraten erkrankte der erste Vorsitzende, Genosse Otto Frank, den Jahresbericht. Er gab einen Überblick über die augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage und erklärte dann: Neben der Werbung neuer Mitglieder für die Partei ist die Stärkung der Schutzorganisation der deutschen Republik, nämlich des Reichsbanners, eine der wichtigsten Aufgaben. Die Auflösung der „Vereinigung der Jungsozialisten“ ist auf die Bewegungen im ganzen Reich zurückzuführen.

Trotz aller Schwierigkeiten ist es möglich gewesen, den Mitgliederbestand des Kreises von 6800 auf weit über 7000 zu erhöhen. Seit Bestehen der Kreisorganisation in der jetzigen Form ist das der größte Aufschwung, den unser Bezirk zu verzeichnen hat; ein Zeichen, daß wir auf dem roten Wedding ein großes Reservoir für unsere Agitation haben. Es kann daher nicht schwer fallen, dem Ruf nach dem „zweiten Mann“ zu entsprechen. - Die vom Kreis eingerichtete Auskunftsstelle in der „Vorwärts“-Expedition Ulreuther Straße erfreut sich steigenden Zuspruchs aus allen Schichten der Bevölkerung. So wurde sie seit ihrem Bestehen (1. März 1930) bis zum Ende des Jahres von 368 Personen an 82 Tagen aufgesucht. Es gelang, viele von diesen als Genossen und „Vorwärts“-Abonnenten zu gewinnen. Wie können weiter vorwärts, wenn jeder einzelne Genosse sich mit größter Begeisterung für unsere Sache einsetzt. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Genosse Haberstroh gab den Massenbericht. Der Kreisvorstand wurde mit geringen Ausnahmen wiedergewählt.

In seinem Schlusswort wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Partei in ihrer Schluß- und Werbetrakt auch weiterhin nicht einbüßen werde, wenn wir einig und geschlossen dastehen. Mit einem festlichen ausgenommenen Hoch auf die deutsche und die internationale Sozialdemokratie schloß die Delegiertenversammlung.

Starkes Anwachsen auch in Lichtenberg.

In der Kreisvertreterversammlung des 17. Kreises konnte der Vorsitzende Genosse Thurn in seinem Jahresbericht gleichfalls von einem erfreulichen Wachstum der Partei Mitteilung machen. Trotz der Wirtschaftskrise und der mit den schiefsten Mitteln erfolgten Angriffe unserer Gegner von rechts und links hat der Kreis noch einen Gewinn von 728 Mitgliedern und 526 „Vorwärts“-Lesern 1930 zu verzeichnen. In den letzten drei Jahren hat sich die Partei im Kreise Lichtenberg nahezu verdoppelt. Der rastlose Eifer unserer Funktionäre sorgte dafür, daß alle Versammlungen überfüllt und die Demonstrationen stets eine außerordentlich starke Beteiligung aufwiesen. Wenn wir in Lichtenberg trotz aller Mühen bei der letzten Wahl auch eine Schlappe erlitten, so gibt diese Tatsache den Genossen im 17. Kreis zum Kleinmut keinerlei Anlaß. Sie geloben vielmehr, restlos der Parole: Wo bleibst der zweite Mann und

Osterwein

SANTA LUCIA

Der Wein der Stärke

HUZI

GROSSDESTILLATION

Prinzessinnenstrasse 17

Rittler-Ecke Brandenburgstr.

MACHT ERNST ERNST

Warum gerade

Steinmetzbrot?

Es ist ein aus gewaschenem und enthültem Getreide hergestelltes Vollkornbrot

Besondere Vorzüge:

1. Gute Verdaulichkeit durch d. entfernte Holzfaserhaut
2. Mineralstoffreich, da d. Aleuronzellen vorhanden sind
3. Sehr vitaminreich, da die Gesamteimlings-Substanzen enthalten ist
4. Appetitanregend u. von hervorragend. Wohlgeschmack durch einen Spezial-Backprozess

Ausschließliche Hersteller:

Wittler-Brot-Fabriken, Berlin N65

Wurst Hauser Butter

Moabiter Halle

Stand 259-263 1248 Stand 259-263

Schützt Herz und Nerven Eurer Kinder!
Gebt ihnen KAFFEE HAG
Das große Paket Kaffee Hag jetzt nur noch RM 1.62, das kleine 81 Pfg.

der zweite Leser? Fotoe zu geben. Erfreulich ist die Berichtigung in der Partei; die SA. schreitet rüstig vorwärts. Aber auch in den anderen Ausschüssen und Kommissionen herrscht reges Leben. Unsere vornehmste Aufgabe soll es zur Zeit in den Abteilungen sein, das schwere Los unserer Arbeitslosen nach Kräften zu mildern. Wenn uns das gelingt, wird es in Lichtenberg mit der Partei noch besser vorwärts gehen. Nach dem Kassenbericht, vom Genossen Laßig erstattet, schließt die Kreisliste in Einnahme und Ausgabe mit 2842,16 Mark ab. Die Geschlossenheit, Einheit und Stärke der Parteiorganisation im Kreise Lichtenberg erhellt wohl am besten daraus, daß der bisherige Kreisvorsitzende ohne Debatte einstimmig wiedergewählt wurde. Es fungieren als Vorsitzender Fritz Thurm, Stellvertreter Bill Peters; Schriftführer P. Jensch und B. Jänemann; Kassierer D. Laßig und R. Benzner. In die Prekominmission wurde wiederum Genosse D. Wigke delegiert.

Skandal in Pankow.

Unglaubliche Zustände an der Oberrealschule.

Zu einer erregten Schuldebatte führte im Pankower Bezirksparlament eine sozialdemokratische Anfrage über den an die Oberrealschule verlesenen Studiendirektor. Das Bezirksamt teilt dazu mit, daß gegen den Direktor das förmliche Disziplinarverfahren eröffnet sei, mit dem Ziel der Dienstentlassung. Er hat Schulergelder für sich verwendet, außerdem ist das Kontoverfahren über sein Vermögen verhängt worden. Es besteht jedoch einige Gewissheit, daß die Stadt Berlin dabei nicht geschädigt ist. Die Anstalt ist damit wieder ohne Leiter. Vor Jahresfrist wurden zwei Studienräte durch Eingreifen des Provinzialschulkollegiums vom Dienste suspendiert, weil sie geduldet hatten, daß in Aufsätzen die sinnlosesten und widerwärtigsten Beschimpfungen der Republik und ihrer Einrichtungen enthalten waren. Nach kurzer Zeit wurde ihnen wieder ihr volles Gehalt zugewilligt, ohne daß sie Dienste leisten brauchen. Diese Herren werden nun also noch für ihr Verhalten belohnt! Der deutschnationale Herr Peters tobte im Namen des Elternbeirats gegen die Maßnahmen der Behörden und lobte diese Lehrer als besonders geeignet für die Oberrealschule. Die deutschnationale Fraktion hatte in einer Anfrage des Bezirksamts ausgefordert, der sozialistischen Schülergemeinschaft das Jugendheim zu entziehen, da dieser Schülerbund in einem Flugblatt zu einer öffentlichen Versammlung aufgefordert haben soll und damit die Politik in die Schule getragen habe. Das Bezirksamt hat denn auch dem Verein angekündigt, im Wiederholungsfall die Benutzung des Jugendheims zu entziehen. Das Bezirksamt kümmert sich an die Form des Flugblattes und überläßt dabei, daß die republikanisch gesinnten Schüler in der Oberrealschule unerhört durch Lehrer und Schüler bedrängt werden und so zu dieser Abwehr gezwungen haben. Minister Grimme faßt zum Thema „Politik und Schule“: „Es handelt sich um politische Bildung, nicht aber um politische Beeinflussung.“ Man es nun tollkühn in diesem Sinne, wenn Lehrer an dieser nationalitistisch verfeindeten Anstalt erklären: „Waffenfragen ist altverwöhntes Recht“, oder wenn sie in widerlichster Weise konfessionelle Verhöhnung treiben? Wie sollen sich Schüler schützen, wenn ein Lehrer erklärt, Behels Wert „Die Frau und der Sozialismus“ sei kompletter Blödsinn? Andere Pädagogen sprechen in ihrer nationalitistischen Verhöhnung von anderen Völkern nur als „gelbes Ungeziefer“, „Nankes“, „Elite-Bolladen“ usw. Die wertigen Staats-treuen Lehrer, deren „politische Bildung“ gern anerkannt sein soll, haben gegenüber ihren nationalitistisch verfeindeten Kollegen einen schweren Stand.

Wochenlang hina am schwarzen Brett der Zettel: „Wacht Nationalsozialistische Liste 9.“ Worte, Tische und Bänke sind beschriftet mit nationalitistischen Bemerkungen. Wehrt sich die revolutionäre Schülerschaft dagegen, dann heißt es, es werde Politik in die Schule getragen. Es war bezeichnend für die Nationalsozialisten, daß sie zu ihrer Anfrage nicht das Wort nahmen. Haben sie deswegen den Vorichtstorbeer zu der sozialdemokratischen Anfrage genommen? Werden nunmehr das Bezirksamt, die zentrale Schulverwaltung und das Provinzialschulkollegium so eingreifen, daß sich endlich wieder ruhige, vernünftige Zustände einstellen können?

Das Fest der Goldenen Hochzeit feiert heute das Ehepaar Jähner, Walsdorf, Friedrichstraße 130. Unseren herzlichsten Glückwünsche!

Aus der Arbeit der Bezirke.

Müllabfuhr und Deutschnationale.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

Die letzte Bezirksversammlung unter dem bisherigen Befehl für die Verwaltung Groß-Berlins beschäftigte sich mit der Vorlage betr. Verlegung der Straßenbahnlinie auf dem Kurfürstendamm auf den Reitweg der Mittelanlage anlässlich der notwendig gewordenen Auswechslung dieser Gleisanlagen. So bedauerlich es ist, daß der anmutige Schmuck der Doppelreihe von Linden auf diese Weise fällt, so konnten sich die Bezirksvertreter der Notwendigkeit der geplanten Maßnahme im Hinblick auf die Verkehrssicherheit nicht verschließen, und die Vorlage wurde angenommen.

Eine böse Abfuhr holten sich die Rechtsparterler mit ihrer Anfrage betr. Ueberführung der Wilmersdorfer Müllabfuhr in die zentrale Verwaltung. Gar zu gern möchte man die Sorge für dieses wichtige Gebiet der Hygiene wieder wie früher — in den so sehnlich herbeigesehnten manchesterlichen Zeiten — einigen Privatunternehmern überlassen und stünme ein bewegliches Klageglied an über angebliche Korruptions- und Designtwirtschaft in diesem städtischen Regiebetriebe. Lang und länger wurden die Geschlechter der Antröper, als ihnen über die Tätigkeit eines ihnen politisch nahestehenden ehemaligen Stadtrates und eines auch zu ihrer Richtung zählenden Direktors der städtischen Müllabfuhr in diesem Zusammenhange recht unangenehme Wahrheiten vorgehalten wurden und — betroffen verstummten sie.

Endlich wurde in einem Dringlichkeitsantrag von unserer Seite der berechtigten Beschwerde seitens der städtischen Arbeitnehmer darüber Ausdruck gegeben, daß eine Anordnung des Magistrats auf die Durchführung von Einsparungsmaßnahmen für das neue Rechnungsjahr seitens des Bezirksamtes so ausgelegt wurde, daß diese Einsparung auf Kosten umfangreicher Entlassungen der Angestellten und Arbeiter unter Einschluß solcher, die bereits eine lange Reihe von Jahren in städtischen Diensten sind, vorgenommen werden sollte. Nach einer Erklärung des Bezirksbürgermeisters sind die Kündigungen nunmehr — bis auf einen geringen Teil — zurükgenommen worden.

Mit dieser letzten Sitzung dürfte unter einen kommunalpolitischen Zeitabschnitt unseres Verwaltungsbezirks ein Schlußstrich gezogen werden. Hoffentlich führen die Bestimmungen der kommenden „Verwaltungsreform Groß-Berlins“ die Wirksamkeit der Bezirksversammlung noch mehr als bisher auf das Maß tatsächlicher Verwaltungsarbeit zum Wohle der Wilmersdorfer Bevölkerung hin!

Wieder Polizei im Rathaus.

19. Bezirk — Pankow.

In der letzten Pankower Bezirksversammlung kam es wieder zu Tumultszügen. Bereits bei der Besprechung einer Anfrage der kommunalistischen Fraktion über angeblich verzögerte Behandlungen von Anträgen durch das Wohlfahrtsamt, bei der Stadtrat Genosse Gütig die unwahren Behauptungen der Beschwerdeführer richtig stellte, lärmten die zahlreichen kommunalistischen Tribünenbesucher, so daß der Vorsitz die Sitzung unterbrechen und den Hauptschreiber von der Tribüne verweisen mußte. Nachdem die Verhandlungen unter fortwährenden Störungen fortgesetzt wurden, kam es zum ausgesprochenen Tumult, als der Vertreter der Nationalsozialisten zu einem Antrage der Kommunisten bezüglich der Beschaffung von Mitteln von Notstandsarbeiten sprechen wollte. Der Nazimann wurde von der kommunalistischen Fraktion als auch von den Tribünenbesuchern mit erregten Zurufen, die sich auf den Hamburger Nordwall bezogen, am Reden zu hindern versucht. Es drohte die Polizei herbeizukommen. Ein Mitglied der kommunalistischen Fraktion wurde nach wiederholtem Demüßigung aus dem Saal verwiesen. Erst als jedoch erst als Polizei im Saal erschien, die dann auch einen Teil der Tribüne räumte. Die Tagesordnung konnte dann zu Ende geführt werden. Ueber die Besprechung einer sozialdemokratischen Anfrage bezüglich der Zustände an der Oberrealschule wird an anderer Stelle berichtet. Der Vorlage des Bezirksamtes betreffend die Anstellung eines Magistratschulrates wurde zugestimmt. Damit ist der Rektor der 13. Volksschule in Buch, Herr Ambergang, gewählt. Ferner gelangte ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Annahme, wonach zum Zwecke der Arbeits-

beschaffung für die Arbeitslosen der Magistrat ersucht werden soll, Mittel für die erste Pflasterung von Straßen in neu-befriedeten Gegenden vorrühweise zur Verfügung zu stellen. Die Mittel sollen aber nur gegeben werden, wenn mindestens 50 Proz. der Anlieger sich zur Zahlung der Pflasterkosten bereitfinden. Zur Vorbereitung dieser Arbeiten ist das Planum der Straßen (Ab- und Auftragen der Erde) baldmöglichst in Angriff zu nehmen, damit die erforderlichen Leitungen (Wasser, Gas, Elektrizität usw.) verlegt werden können. Ferner gelangte ein Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten zur Annahme, daß die Bürgersteige in der Clausthaler Straße umgehend ausgebessert werden sollen. In der Begründung unserer Anträge sagte Genosse Amberg den Kommunisten so treffend die Wahrheit, daß sie mit den üblichen Schimpfkanonaden über ihn und die Fraktion herfielen. Aber die besten Ausführungen scheinen zwecklos; in jeder Situation werden die Kommunisten verurteilt, sachliche, im Interesse der Arbeitslosen liegende Verhandlungen zu stören und lediglich ihrer Agitation dienlich zu machen. Die sozialdemokratischen Anträge waren aber so durchschlagend begründet, daß sie fast einstimmig, auch mit den Stimmen der Kommunisten, angenommen wurden.

Jugendweise!

Ein Metallarbeiter schreibt dem „Vorwärts“:

Froh und stolz gehen die jungen Menschenkinder im neuen festlichen Gewand einher, nach allen Seiten sich umsehend, fühlen sie doch die Blicke ihrer Mitmenschen auf sich gerichtet. Noch ist das Herz voll, von tausend Hoffnungen, noch schwärmen sie in Zukunftsträumen und Plänen, wie sie einst ihr Leben gestalten wollen. Doch sie betreten alle ein Schiff, das sie hinausführt auf den Ozean des Lebens, das dort draußen tobt und schwer zu kämpfen hat. Mancher wird den jungen Menschen Führer sein wollen und manchen werden sie ablehnen, um aus eigener Erfahrung zu lernen. Doch heute, am Tage der Jugendweise denken sie daran noch nicht. Heute fühlen sie sich frei von den Fesseln der Schule, fühlen sie sich gleichberechtigt mit den Erwachsenen. Und das ist gut! Sei frei und mutig sollen sie ihren Weg gehen. An ihrer Seite marschieren Männer und Frauen, gewiß, daß die Jungen zu ihnen gehören und helfen werden, die Reihen fester zu schließen.

Funkstunde im Dienst der Winterhilfe.

Die Funkstunde veranstaltet zugunsten der Berliner Winterhülle am Mittwoch, dem 25. März, 20 Uhr, im Berliner Sportpalast ein großes Konzert.

Das Konzert gliedert sich in drei Teile. Für den Opernteil haben sich Masada Salomati, Emanuel Bist, Martin Dehmann, Cornelius Bronsgeest, Hildegard Gajewska und Desjö Ernster zur Verfügung gestellt. Den Opernteil dirigiert Generalmusikdirektor Leo Blech.

Die Eintrittspreise betragen 1 M., 2 M. und 3 M. Die Karten sind im Vorverkauf erhältlich an sämtlichen Theaterkassen und Filialen der Firmen A. Wertheim und Bote u. Bod., in allen dem Reichsverband Deutscher Funkhändler angehörenden, durch Plakatausgang gekennzeichneten Geschäften, sowie im „Haus des Rundfunks“ Charlottenburg 9, Majurtenallee. Der Gesamtertrag fließt ungekürzt der Berliner Winterhülle zu.

Bischof Bleier spricht im Anti-Kriegsmuseum. Öffentliche Freitag-Vorträge im Anti-Kriegsmuseum. Anti-Kriegsmuseum, Parochialstr. 29 (5 Minuten vom Polizeipräsidium). Freitag, den 26. März, 20 Uhr, spricht Bischof Bleier über: Christentum und Krieg. Unkostenbeitrag 30 Pf.

Leibesübungen in der Fontane-Schule. Am Sonntag, dem 22. März 1931, vormittags 11 Uhr, wird in Verbindung mit dem Stadtrat für Leibesübungen und der Deputation für Schulwesen die Fontane-Schule im Rogn-Palast, Berlin-Friedenau, Hauptstr. 78/79, einen Ausschnitt aus ihrem Unterricht und Übungsbetrieb neuzzeitlicher Leibesübungen geben.

BESSER ESSEN • WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH KARSTADT-LEBENSMITTEL

DELIK., RAUCHERWAR. KONFITUREN KONSERVEN WEINE u. SPIRITUOSEN KOLONIALWAREN

Olsardinen .. 5 Dosen an 0.95	Keksringe Pfd. 0.50	zu außergewöhnlich billigen Preisen	Frkf. Apfelwein Ltr. 0.82 5 Ltr. 3.00	Auszugmehl 4 1/2 Pfd. Beutl. 1.00
Portug. Olsardinen .. 2 Ds. 0.85	Kaff.-Gebäck, hlb. m. Sch. Pfd. 0.90		Bowlenwein .. Ltr. 0.75, 5 Ltr. 3.50	Wien. Auszugmehl... Pfd. 0.26
Brieslinge in Öl-Tom. ... Ds. 0.60	Herrenkringel Pfd. 1.00		Wintringer ... Ltr. 1.20, 5 Ltr. 5.75	Kartoffelmehl Pfd. 0.16
Fetheringe in Tom. Ds. 0.75, 0.55	Kokosmakronen Pfd. 1.00		Liebfraumilch Ltr. 1.25, 5 Ltr. 6.00	Weizen-Puder Pfd. 0.40
Pilchards in Tom. Ds. 1.10	Baumkuchenspitzen .. Pfd. 1.60		Tarragona ... Ltr. 1.00, 5 Ltr. 4.75	Sultaninen, Korinthen an Pfd. 0.42
Makrelenfilet in Tom. ... Ds. 0.55	Bonbon-Mischung Pfd. 0.50		Samos Ltr. 1.15, 5 Ltr. 5.50	Zitronat Pfd. 1.10
Seelachs, geschnit. Ds. 0.65, 0.55	Brustkaramellen Pfd. 0.50		Malaga Ltr. 1.20, 5 Ltr. 5.75	Mandeln bitter und süß Pfd. 1.40
Fischmarinaden 1 Ltr. 2.10 1/2 Ltr. 0.48	Schmelz-Borke Pfd. 1.00		Wermut Ltr. 1.10, 5 Ltr. 5.25	Orangeat Pfd. 0.95
Essiggewürzsurken 1/2 Ds. 0.60	Nuß-Pralinen-Mischg. Pfd. 1.00		Johannisbeerwein Ltr. 0.75 5 Ltr. 3.50	Aprikosen an Pfd. 0.70
Mixed-Pickles 1/2 Ds. 0.70	Vollm., Schmelz Relief Pfd. 1.20		Utiel (Span. Rotw.) Ltr. 0.95 5 Ltr. 4.50	Birnen an Pfd. 0.60
Heringssalat m. May. 1/2 Pfd. 0.40	Burgm. Kakao Pfd. 1.00		Fruchtschaumwein m. Steuer Fl. 1.25	Pflaumen an Pfd. 0.25
la Mayonnaise 1/2 Pfd. 0.45	Burgm. Creme-Schokol. 3 Taf. 0.50		Traubensekt Schl. Wachenh. m. St. Fl. 3.75	Backobst an Pfd. 0.38
Fettbücklinge Pfd. 0.26	Burgm. Pralinen 500 gr 1.00		23er Grand Beaujolais m. Fl. 2.30	Burma-Reis Pfd. 0.20
Sprötchen ca. 1 Pfd.-Kistchen 0.38	Marzipan-Eier 6 Stück 0.25		24er Haut Sauternes m. Fl. 3.00	Eier-Bandnudeln Pfd. 0.44
Seelachs, geräuchert .. Pfd. 0.45	Dragee-Eier, bunt Pfd. 0.50		Alter Wacholder 1 Ltr. m. Fl. 4.30	Eier-Figurennudeln .. Pfd. 0.50

WURSTAREN OBST UND GEMÜSE

Sülze Pfd. 0.48	Apfelsinen 3 Pfd. 0.72	Brechspargel mittel .. 1/2 Ds. 1.55	Suppenhühner an Pfd. 1.02	Molkereibutter Pfd. 1.54
Speckwurst Pfd. 0.72	Blutapfelsinen 3 Pfd. 0.85	Brechspargel dünn .. 1/2 Ds. 1.25	Walgahühner an Pfd. 0.90	Tafelbutter Pfd. 1.68, 1.58
Dampfwurst Pfd. 0.88	Jaffa-Apfelsinen ... 2 Pfd. 0.75	Spargelköpfe grün mitt. 1/2 Ds. 1.60	Poulets gefr. Pfd. 1.08	Bratenschmalz Pfd. 0.64
Jagdwurst Pfd. 0.98	Zitronen Dtz. an 0.32	Stangenspargel dünn 1/2 Ds. 1.50	Enten an Pfd. 1.10	Rohschmalz Pfd. 0.58
Kleine Braunschweiger Pfd. 0.98	Amerik. Tafeläpfel Pfd. 0.48, 0.38	Prinzeßbohnen mittel 1/2 Ds. 0.80	Suppentauben ... Stck. an 0.80	Margarine, Cacosfett Pfd. 0.40
Feine Leberwurst. ... Pfd. 1.18	Amerik. Tafelbirnen Pfd. an 0.38	Prinzeßbohnen extra 1/2 Ds. 1.60	Hirschbraten an Pfd. 1.15	Finn. Schweizer vollfett Pfd. 1.18
Hausmacher-Leberw. Pfd. 0.82	Blumenkohl Kopf an 0.25	Junge Karotten 1/2 Ds. 0.48	Hirschkeule an Pfd. 1.15	Geheimratskäse Pfd. 1.20
Berliner Mettwurst .. Pfd. 0.95	Rotkohl Pfd. 0.14	Tomatenpuree 3 Ds. 0.20	Hirschschücken an Pfd. 1.05	Edam u. Holländ. 40% Pfd. 0.92
Teewurst, grob, od. fein Pfd. 1.45	Wirsingkohl Pfd. 0.12	Reineclauden 1/2 Ds. 0.95	Wildschweinkeule an Pfd. 1.10	Edam u. Holländ. 20% Pfd. 0.66
Filetwurst Pfd. 1.48	Rhabarber ca. 2 Pfd.-Bd. 0.38	Preißelbeeren 1/2 Ds. 0.95	Wildragout Pfd. 0.36	Stangenkäse ... 20% Pfd. 0.40
Schinkenspeck Pfd. 1.48	Salatgurken ... Stück an 0.40	Rote Beete 1/2 Ds. 0.50	Kaninchen i. Fell .. an Stück 0.98	Vollf. Brikkäse Pfd. 0.88
Schinkenecken Pfd. 0.95	Malta-Kartoffeln ... 3 Pfd. 0.58	Kirschen mit Stein ... 1/2 Ds. 0.95	Hasen gastr. ausgew. Pfd. an 0.70	Camembert vollfett 2 Schtl. 0.25
Landschinken 1/2 u. Gz. Pfd. 1.75	Frische Fische	Birnen 1/2 Frucht 1/2 Ds. 1.05	Gänse, gefroren, billigst	Tilsiter o. Rd. 20% Pfd.-Pak. 0.60
Cervelat u. Salami .. Pfd. 1.38	zu den billigsten Preisen	Pfirsiche zur Bowle .. 1/2 Ds. 0.98	Deutsche Tafelbutter	Harzer Käse Pfd.-Pak. 0.35
Gek. Schinken 1/2 Pfd. 0.43		Aprikosen 1/2 Frucht .. 1/2 Ds. 0.98	der dänisch. gleichwertig Pfd. 1.68	Frische Eier 10 Stück .. an 0.68
		Johannisbeeren 1/2 Ds. 1.20		
		Gem. Gemüse 1/2 Ds. 1.20		
		Gem. Gemüse fein .. 1/2 Ds. 1.20		
		Erbsen mit Karotten .. 1/2 Ds. 0.58		

KARSTADT-Lebensmittel

KA-LE-MÖBEL
 nach Entwürfen des Architekten Käthe Laugel
 AUSSTELLUNG IM VERKAUFSKELLER
 Leichtverderbliche Ware ist vom Versand ausgeschlossen
 Zusendung nur bei Bestellung von Mk. 5.00 an
 NEU: FLEISCH-VERSANDWAGEN

U. BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

Schluß mit dem Lohnabbau!

Alarmierende Ziffern der Konsumvereine über das Elend der Massen.

Die Wochenumsatzerhebung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für den Monat Februar 1931 erstreckte sich auf die Zeit vom 2. bis 28. Februar. Das Ergebnis der Erhebung ist bedeutend ungünstiger ausgefallen als in den Vormonaten. Der Rückgang des Wochenumsatzes je Mitglied der dem Zentralverband angehörenden deutschen Konsumgenossenschaften hat in den vier Februarwochen einen Umfang angenommen, wie er nicht überall erwartet worden ist. Und doch ist dieses starke Abgleiten des Umsatzes verständlich. Je länger der Arbeitsmarkt in dem fehligen Ausmaß befristet bleibt, desto mehr leiden auch die Haushaltungen der in den Konsumgenossenschaften vereinigten Verbraucher unter der immer größer werdenden Kaufkraftschwächung. Die Spargroschen der Verbraucher schmelzen zusammen, die Beeinträchtigung ihrer Lebenshaltung nimmt schärfere Formen an und der Umfang ihres Bedarfs verkleinert sich zwangsläufig immer mehr.

Der für den Monat Februar ermittelte durchschnittliche Wochenumsatz der Konsumgenossenschaftsmitglieder liegt mit 7,16 M. gegen 8,80 M. um fast 19 Proz. unter dem Wochenumsatz des gleichen Monats im Vorjahre.

Die größte Umsatzeinbuße ist wiederum in Sachsen eingetreten. Die Verbrauchergebiete, in denen in der Vergangenheit die Umsatzentwicklung am kräftigsten vorwärts getrieben wurde, erleben jetzt den stärksten Rückschlag.

In den Vormonaten ist mit einer gewissen Berechtigung darauf verwiesen worden, daß der gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eingetretene Umsatzzugang zu einem nennenswerten Teil auf die in der Zwischenzeit erfolgte Senkung der Preise zurückzuführen sei. Dieser Hinweis ist zwar auch bei der Betrachtung des Umsatzergebnisses für den Monat Februar 1931 berechtigt, doch ist seine Wirkung im Hinblick auf die große Abschminderung von 19 Proz. nicht mehr durchschlagend. Das Ergebnis der Wochenumsatzerhebung für den Monat Februar 1931 läßt vielmehr auch auf einen durchaus spürbaren Rückschlag der konsumgenossenschaftlichen Umsätze schließen.

Diese Entwicklung ist hochbedenklich, am allerwenigsten noch für die Konsumvereine selbst, am stärksten für die Gesamtwirtschaft. Die Kaufkraft des Innenmarktes trocknet aus. Der übertriebene Lohnabbau rächt sich an der Gesamtwirtschaft. Es ist höchste Zeit: Schluß mit dem Lohnabbau!

Stahlproduktion steigt.

Liefpunkt der Eisentriebe überschritten?

Die Produktionsziffern der Stahlwerke in Deutschland für den Monat Februar, die jetzt die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ veröffentlicht, bringen zum erstenmal seit 1929 ein merkliches Ansteigen der arbeitstäglichen Leistungen.

Insgesamt stellte sich die Rohstahlproduktion im Februar auf 739.633 gegen 773.573 Tonnen. Da jedoch im Februar nur an 24 gegenüber 26 Tagen im Januar gearbeitet wurde, hat sich die arbeitstägliche Produktion im Berichtsmontat von 29.733 auf 31.651 Tonnen oder um 6,4 Prozent erhöht. Auch bei den Walzwerken ist eine bemerkenswerte Besserung festzustellen. Die Gesamtproduktion ergab im Februar 527.436 gegen 539.692 Tonnen Walzwerkserzeugnisse, während die arbeitstägliche Produktion um annähernd 6 Prozent von 20.757 auf 21.977 Tonnen stieg.

Es wäre natürlich verfrüht, aus dieser Besserung weitgehende Schlüsse zu ziehen. Da jedoch die nächsten Monate schon aus saisonmäßigen Gründen auch für die Stahl- und Eisenwerke eine weitere Belebung bringen werden, so scheint im Februar doch der Tiefpunkt der gegenwärtigen Eisentriebe überwunden zu sein.

Besserung auch im Verkehr.

In der ersten Märzwoche sind bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft 659.079 gegen 645.692 Güterwagen in der Vorwoche gestellt worden. Auf den Arbeitstag berechnet stellte sich der Wagenbedarf in der Berichtswoche auf 109.847 gegen 107.615 Waggons in der Vorwoche. Bemerkenswert ist, daß mit der Besserung in der ersten Märzwoche zum erstenmal seit Monaten die sehr große Spanne zwischen der arbeitstäglichen Wagenfeststellung im Vorjahr und dem laufenden Jahr unter 20.000 Waggons gesunken ist. Noch im Januar wurden im Vorjahr je Arbeitstag rund 24.000 Wagen, Anfang Februar rund 22.000 Wagen, Mitte Februar rund 20.000 Wagen von der Wirtschaft mehr angefordert, während in der ersten Märzwoche die Spanne sich auf 18.000 Wagen arbeitstäglich verringert hat.

Gas, Wasser, Kraft.

Die internationale Versorgungswirtschaft.

Die Fragen der Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität stehen wieder im Mittelpunkt des Interesses. Zur rechten Zeit erscheint als Nummer 4 der Schriftenreihe des Gesamtverbandes eine Arbeit von Josef Orlopp und Karl Hauffe über „Die internationale Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung“ (Verlagsanstalt Courier G. m. b. H., 71 Seiten und 2 Karten).

Diese Schrift unternimmt es mit Erfolg, auf knappstem Raum die Versorgungswirtschaft aller Länder zur Darstellung zu bringen. Es zeigt sich, daß selbst in den Ländern, in denen Privatkapitalisten unbeskränkt die Belieferung mit Gas, Wasser und Elektrizität (natürlich mit sehr hohen Gewinnen) in Händen halten, so z. B. in den romanischen Ländern und den Vereinigten Staaten, neuerdings die Bestrebungen sehr stark sind, den öffentlichen Einfluß zu verstärken. Die Tarife zu vergleichen, ist ja schon in Deutschland nahezu unmöglich; ein internationaler Vergleich scheitert aber daran, daß in einigen Ländern die Tarife als Mittel zur indirekten Besteuerung gebraucht werden, in anderen Ländern nicht. Wenn z. B. die Tarife in Wien bedeutend niedriger als die in Berlin sind, so liegt das daran, daß die Wiener Werke keine Abgaben an die Stadtkasse zu leisten haben.

Die Angaben über Deutschland sind naturgemäß ausführlicher als die über die anderen Länder. Das Problem der Ferngasversorgung ist als besonders wichtig an die Spitze gestellt worden. Orlopp und Hauffe kommen ebenfalls zu dem Ergebnis, daß heute das Ferngas infolge der hohen Leitungskosten und der Summen für die Abschreibung der stillgelegten Werke mit dem von großen kommunalen Werken erzeugten Gas nicht konkurren-

Handwerk und Arbeiterschaft.

Gedanken zur Reichshandwerkswche von einem Berliner Schneidermeister.

Die Reichshandwerkswche ist eröffnet und läuft. Viele schöne Reden hörte man bei der Eröffnung. Doch etwas vermehrte der aufmerksamste Beobachter, und das war die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus.

Von allen Seiten, und auch der „Vorwärts“ hat dies getan, wird der Reichshandwerkswche ein guter Erfolg gewünscht. Und der Erfolg wäre ja auch zu begrüßen. Sind doch immerhin etwa 8 Millionen Menschen am Handwerk direkt oder indirekt beteiligt.

Aber, und das ist der Haken, wo soll der Erfolg denn herkommen?

Immer und immer wieder habe ich mir diese Frage vorgelegt. Gewiß, es ist richtig und kaufmännisch gehandelt, auch in Zeiten der Not die Reklame nicht zu vernachlässigen. Doch fehlen nicht fast alle Voraussetzungen für Reklamerfolg?

Man muß sich von vornherein darüber im klaren sein: Handwerksprodukte sehen Individualität und Qualität voraus. Hierdurch unterscheiden sie sich von der industriellen Massenproduktion und sind deshalb erheblich teurer als diese. Ein Volk, das sich mit Individualität und Qualität umgeben will und soll, muß also über einen gewissen Wohlstand verfügen und muß ein entsprechendes Einkommen haben, um kostspieligeren Reizungen folgen zu können.

Nun finden wir zwar in Deutschland noch eine Menge reiche Leute, sogar noch schwerreiche darunter, aber die große Masse ist arm; Elend und Not herrschen heute überall. Wer noch verdient, dem ist durch Lohn- und Gehaltskürzung die Lebenshaltung derart erschwert, daß es zum großen Teil mit dem Erwerb von Qualitätsprodukten einfach vorbei ist. Da, viele Lohnempfänger, und das muß deutlich erkannt werden, vegetieren bloß noch. Damit ist auch der Erfolg einer Werkwoche für das Handwerk im voraus bestimmt.

Die große Masse des Handwerks, wenige Schichten ausgenommen, verelendet heute trotz Handwerkerwoche immer mehr.

Wenn Herr Dr. Brüning behauptet, das Handwerk habe schon Schwereres durchgemacht und sich trotzdem behauptet, so ist dies nur bedingt richtig. Die Zeiten um 1890—1914 waren für das Handwerk günstiger als dieses Jahr der Reichshandwerkswche. Um dies zu beweisen, braucht man kein großer Nationalökonom zu sein: ein Blick auf die Einkommenstatistik genügt.

Dem Handwerker geht es wie dem Künstler, dem Wissenschaftler usw.; seine Produkte sind veräußerlich, wenn Kaufkraft vorhanden ist. Kaufkraft und Wohlstand der breiten Masse bedeuten Absatz, Arbeit und Wohlstand auch für das Gros der Handwerksmeister. Fehlen sie bei den Massen, dann ist auch das Handwerk in Not.

Hier zeigt sich auch deutlich, wie zweischneidig jeder Lohnabbau wirkt. Man hat es den „Marxisten“ gegönnt, daß man ihnen endlich mal bekommen konnte; Kleinbürgertum und Kapitalisten gingen brüderlich Arm in Arm dabei. Aber schon heute sind manchem Handwerksmeister die Augen aufgegangen. Wie viele wissen heute weder aus noch ein, weil sie nichts mehr verkaufen können. Glauben diese immer noch, daß der Lohnabbau ein Segen war?

Niemand kann der Reichshandwerkswche fehnlicher einen Erfolg wünschen als ich selbst. Aber ich fürchte, alle die gute Arbeit wird nutzlos veran sein.

Die Zeiten für die Proletarisierung des Handwerks sind heute

leider ganz besonders günstig. Dagegen hilft auch der Meißertitel nicht. Wenn die Substanz weggefressen ist, weiß nichts oder zu wenig verkauft wird, ist der tüchtigste Meißler und Könner eben ein Prolet. Es heißt also den wahren Feind des Handwerks zu erkennen und ihn zu Liebe zu gehen.

Der ärgste Feind des Handwerks ist aber die eigene Kurzsichtigkeit.

Zuerst müssen wir unsere eigene Lage verstehen lernen. Wir müssen einsehen lernen, daß es ein Unsinn ist, sich gegen die wirtschaftliche Entwicklung stemmen zu wollen. Daher müssen wir den engstirnigen Kampf gegen Kaufhäuser und Konsumvereine als unnütze Kraft- und Geldverschwendung einstellen. Wir sind Anhänger des Privateigentums; deshalb müssen wir gestatten, daß auch jeder andere mit seinem Eigentum machen kann, was er will. Das gilt auch für die Verbraucher. Als Handwerker schließt man sich ja auch Genossenschaften an. Warum verdenkt man dies dem Arbeiter? Die Meinung, daß der Arbeiter Ausbeutungsobjekt für jeden ist, ist grundfalsch.

Weiter ist es falsch, sich als Puffer zwischen Kapital und Arbeit zu betrachten. Solange sich der Handwerksmeister dazu gebrauchen läßt, sieht der Kapitalist im trockenen und kann seine Aufzuchtspolitik und Wirtschaftspolitik unbehelligt fortsetzen. Diese Handlangerdienste sind eines freien und standesbewußten Handwerkers nicht würdig. Sehen wir uns nämlich die Herren Kapitalisten etwas näher an, so erkennt man bald, daß gerade diese mit ihrer hemmungslosen und planlosen Wirtschaftspolitik an unserem grausamen Elend am meisten schuld sind.

Aber auch unsere Führer müssen wir uns ansehen, zumal in welchen politischen Lagern sie sich herumtreiben. Wir wissen doch genau, daß,

wenn man Rindfleisch mit Himbeerwasser kocht,

dies für Junge und Magen kein Lobsal bedeutet. Soll es aber etwas taugen, wenn ein Handwerkervertreter sich in diesem, der andere sich in jenem politischen Lager herumtreibt, niemals oder dort, wo Handwerkerinteressen wirklich wahrgenommen werden können? Die politische Sauppe, die da gebraut wird, ist jedem, nur nicht dem Handwerker, bekömmlich. Wer sich von Herrn Treuwig einfangen läßt, macht ihn stark für die Interessen des Hausbesitzes. Man denke an höhere Mieten, an die Herausnahme der gewerblichen Räume aus dem Reichsrentengesetz usw. Bis heute hat die offizielle Politik der Handwerksverbände praktisch nur den kapitalistischen Feinden des Handwerks Nutzen gebracht.

Von der Zusammenarbeit mit der organisierten Arbeiterschaft hatten die Führer das Handwerk ganz bewußt fern. Dabei gilt der Kampf der Arbeiter wirklich den Kapitalisten und Großgrundbesitzern, den Ausbeutern und Unterdrückten des wirtschaftlich Schwachen, und die Arbeiterschaft allein kann auch dem Handwerker Hilfe bringen. Ist die Macht des Kapitals erst einmal gebrochen, dann kann das Kapital die innere und äußere Politik, Finanzen und Gesetzgebung nicht mehr so maßgebend beeinflussen wie bisher, dann, und erst dann, ihr Handwerksmeister, gibt es auch für euch Licht und Luft. Sorgt deshalb dafür, daß eure Führer aus den Parteien, die offenkundig eure Unterdrücker sind, endlich verschwinden.

Sollten die Gedanken bei der Masse der Handwerker und Kollegen Eingang finden, so wäre das für die Reichshandwerkswche der größte Erfolg. F. S.

Bedürftige Aktionäre.

Bremer Rolandmühle zahlt aus sozialen Erwägungen 10 Proz. Dividende.

Der Geschäftsbericht der Bremer Rolandmühle ist auch diesmal wieder mit Klagen angefüllt. Das letzte Geschäftsjahr war nach den Erklärungen der Verwaltung voll von Hemmnissen und Widerwärtigkeiten. Im einzelnen wird scharfe Kritik an der Getreidepolitik der Regierung geübt, so an dem bis auf 80 Proz. erhöhten Verzehrszwang für Weizen, den Zollserhöhungen und dem Brotgesetz.

Trotz aller Klagen über den Rückgang des Umsatzes und der Verschlechterung der Geschäftslage zahlt die Gesellschaft jedoch wieder eine hohe Dividende von 10 Proz. wie im Vorjahre. Dieser überaus hohe Dividendenorschlag wird von der Verwaltung damit begründet, daß sich unter den Aktionären des Unternehmens eine große Anzahl Kleinaktionäre befinden, denen man aus sozialen Gründen diese respektable Gewinnausschüttung zugestimmt habe. Die Kleinaktionäre in Deutschland, die von den Verwaltungen der Aktiengesellschaften seit Jahr und Tag alles andere als zart angefaßt wurden, werden wahrscheinlich diese Mitteilung des Bremer Unternehmens als eine Engelsbotschaft ansehen. Uns scheint aber, daß zwischen einer gesunden Rücksicht auf die Interessen der Kleinaktionäre und einer zehnprozentigen Dividende in einem Krisenjahr doch immer noch ein ganz gewaltiger Unterschied besteht.

Amerikas Benzinbilanz.

Die Vorräte an Mineralölen allein 20 mal größer als der Verbrauch Deutschlands.

Nach Mitteilungen des amerikanischen Bureau of Mines stieg im Laufe des Jahres 1930 der Benzinverbrauch in den Vereinigten Staaten um 5,2 Proz., der Benzinexport um 5,3 Proz., während die Produktion nur wenig über der des Jahres 1929 lag.

Die Vorräte an Benzin und anderen Erdöl-erzeugnissen, die in den Vereinigten Staaten Ende 1930 lagerten, haben sich trotz des etwas erhöhten Verbrauchs gegenüber Ende 1929 nur unwesentlich verringert: sie betragen knapp 66 Millionen Faß, etwa 23 Millionen Faß weniger als Ende 1929. Dieser Vorrat entspricht gewichtsmäßig ausgedrückt einer Menge von etwa 85 bis 90 Millionen Tonnen oder fast drei Viertel der gesamten Erdölförderung der Vereinigten Staaten. Der deutsche Verbrauch an Mineralöl-erzeugnissen kann auf etwa 4 Millionen Tonnen geschätzt werden, beträgt also im Laufe eines ganzen Jahres noch nicht ein Zwanzigstel der in den Vereinigten Staaten nicht absehbaren Vorräte.

Preisumschwung am Weltmarkt?

Wie das Konjunkturinstitut in seinem letzten Wochenbericht feststellt, hat seit der Jahreswende der Preissturz auf den Weltrohstoffmärkten eine nachhaltige Unterbrechung erfahren. Auf den verschiedensten Rohstoffmärkten, wie Getreide, Metall, Gummi und Wolle haben sich leichte Preissteigerungen durchsetzen können, und das Konjunkturinstitut wirft die Frage auf, ob dies bereits Anzeichen für einen allgemeinen Preisumschwung sein könnte.

Es wird festgestellt, daß sich der Rückgang des Konsums verlangsamt habe und teilweise bereits das Minimum erreicht sei. Vielleicht müßten schon bei geringem Verbrauch neue Eindrücke erfolgen, da die Bestände im Handel während des letzten Jahres sehr stark abgebaut worden wären. Auch scheint sich die Meinung durchzusetzen, daß der gegenwärtige Preisstiefstand bei den Rohstoffen nicht noch weiter unterschritten wird. Sind also hier verschiedene Voraussetzungen — wozu auch noch die Produktionsdrosselung auf mehreren Gebieten tritt — für einen Preisumschwung geschaffen, so glaubt das Konjunkturinstitut doch nicht, daß die Rohstoffpreise im ganzen schon in nächster Zeit über den jetzigen Stand hinaus steigen können. Jedenfalls sei an die Wiederherstellung des Preisniveaus von 1929 nicht zu denken.

Andreas Nagy: Olymp in der Verbannung

(Diese Geschichte erzählte Nikosch Kostisch seinen Freunden.)

... Mazedonien ist ein merkwürdiges Land. Eine Talniederung, in der sich von den umliegenden Bergen die verschiedensten Völker vermengen. Es gibt hier Serben, Bulgaren, Albanen, Dalmatiner, Montenegriener, Walachen, Griechen, Zinzaren, Massoren, Mirditen, ja sogar richtige Althebräer, die nicht vorher die ganze Welt umwandert hatten, sondern nach der Zerstörung Jerusalems direkt hierher verschlagen wurden.

Und über diesem Völkergemisch herrschte dazumal noch der Türke. Und der Türke verstand sich darauf, zu herrschen, solange man ihn ließ. Alle ertragreichen Ländereien sind Eigentum irgendeines Pascha; sein Palast steht dort inmitten von Kasernen im Hügelland, mit herrlichen Selamlis und Haremislis. Und durch die schmalen Gassen der Städte sprengte der Türke hoch zu Ross in dem buntem Gedränge, und der Fußgänger mußte selbst dafür sorgen, den Hufen der Araberpfarde zu entgehen, genau so wie heute den Autos.

Seit Jahrtausenden war es Brauch geworden, daß die Völker, die zu einer tüchtigen Keiserer Lust bekamen, sich in diesem Lande zum Kampf verabredeten. Hier hatten sich bereits die Griechen, Römer, Kreuzfahrer, Moslemein, ja hier hatte selbst Johann Hunyadi gestritten. Freilich, seit die türkischen Eroberer sich ausgedehnt hatten, ging das Kriegsspiel nur mehr im geheimen vor sich. Dazu dienten die Komitatschorganisationen. Die Bulgaren und die Serben unterhielten eigene Organisationen; das Ziel beider war: die Befreiung Mazedoniens aus der türkischen Anarchie. Aber beide achteten scharf darauf, daß das Verdienst der Befreiung ausschließlich das ihre werde.

Zu jener Zeit tippte ich aus Konstantinopel zu Fuß heim gegen Budapest. Ich hatte nicht einen Kreuzer in der Tasche.

(Hier bemerkte einer der Zuhörer anerkennend:

„Siehst du, Freundchen, das schätze ich an dir, daß du immer so ohne Heller dießen kommst, wo es dir doch ein leichtes wäre, dir eine Handvoll Goldstücke in die Tasche zu legen.“

Nikosch Kostisch errötele und erwiderte selbstbewußt:

„Niemals! Nie würde ich Gold gegen eine Lüge eintauschen!“

In Ueslüh ließ ich mich selbst von den serbischen Komitatsch anwerben. Das tat ich aus zwei Gründen. Erstens aus Patriotismus, denn es fiel mir ein, daß mein Vahner unter Kaiser Joseph II. hier von dieser Erde nach Ungarn flüchtete vor der türkischen Gewaltherrschaft. Zweitens, weil mir die sechzig Dinare gerade recht kamen, die den Komitatsch monatlich aus dem Geheimfonds verabreicht werden. Das ist ein haufen Geld in einem Bettlerland, wo man für vier Dinar eine ganze komplette Ziege kaufen kann.

Ich will euch nicht mit meiner Komitatschaktivität langweilen. Ich wollte übrigens gar nicht davon erzählen. Aber ohne Unbefährlichkeit kann ich ruhig sagen, daß ich, wenn von mir anvertrauten Anwohner, Bomben und Brandfackeln die Rede war, meine Sache genau so gut machte wie jeder andere.

Ja, es gelang mir, eine Bombe in der Toreinfahrt des Palastes, der dem Pascha von Ueslüh gehörte, so gut zu placieren, daß mir mein Vorgesetzter von selbst riet, für einige Zeit von hier zu verschwinden. Er empfahl mir einen kleinen Det im südlichen Teil Mazedoniens an der griechischen Grenze, der, soweit ich mich erinnern kann, etwa Gurguließ hieß. Wenn ich untertags schlief und nachts wanderte, konnte ich den Ort in drei Tagen erreichen. Er verließ mich mit einem Empfehlungsschreiben an einen unserer dortigen Anhänger, den Kaufmann Boguslawitsch Kadomir.

Gurguließ war ein richtiges türkisches Dorf: sauber flache, kleine Holzhäuser, die sich am Rande eines warmen Baches aneinander anklammerten, um nicht in die Schlucht abzurutschen. Ich ging schon so sehr in meinem Komitatschgewerbe auf, daß ich mit der Junge (Schmalze, als ich den Ort erblickte. Dieses Dorf war wunderbarer „Stil!“ mit einem einzigen Streichholz konnte man das Ganze anzünden.

Es war spät am Abend, als ich bei Boguslawitsch anklopfte. Er war zwar ein orthodoxer Serbe, hatte jedoch türkische Lebensgewohnheiten angenommen wie jedermann in dieser Gegend. Er führte mich in sein schönstes Gemach, hieß mich auf einem niederen Ruhebett Platz nehmen, verbeugte sich tief und berührte mit seiner Hand Stirn und Herz. Ich tat dasselbe, um ihm zu zeigen, daß er es mit einem Gentleman comme il faut zu tun hat, der weiß, was sich schickt. Dann klaffte er in die Hände, worauf seine Frau und seine Tochter ins Zimmer traten. Beide hatten seidene Pumphosen an, niedliche gestickte Westen, die eine brachte den Koffel, die andere landstrich Fruchtsäckel. Um die Wahrheit zu sagen, wäre mir ein guter Hammelbraten gegessener gekommen; als ich aber das Mädchen ansah, vergaß ich plötzlich, daß ich überhaupt einen Magen besaß. Ich hatte noch nie in meinem Leben ein so blegames, weißhäutiges, schwarzäugiges Wunder gesehen. Und wie sie dort stand, mit gekrümmtem Kopf, in gehorsamem Schweigen, schien sie mir so bekümmert, daß sich schier mein Herz zusammenpreßte.

Frühmorgens, als ich nach fröhlichem Schlaf die Augen aufschlug, stand das Mädchen wieder neben meinem Bett. In einer Hand hielt sie eine große kupferne Wasserschüssel und eine Wasserkaraffe, in der anderen ein gestreiftes Fröhenhandtuch und wartete mit fauster Geduld, wer weiß wie lange schon, daß ich die Augen aufschlug. Aber jene herzbelebende Traurigkeit war auch jetzt in ihren Augen und ersuchte alle meine leichtfertigen Gedanken im Reim.

Während ich mich wusch und anfeidete, fragte ich sie aus, weshalb sie denn so traurig sei. Sie erzählte, daß man in diesem Jahre für die Oskafste für den Harem des Paschas von Brävrend ausermählt habe, und gerade am heutigen Nachmittage ein Auge erwartet wurde, um sie schließlich von ihren Eltern zu übernehmen. Die Pest in den hiesigen Bächen des Paschas. Ich schwor mir zu, daß er von dieser Frucht nicht essen würde. Ich fragte das Mädchen:

„Und was sagt dein Vater dazu?“

Das Mädchen — sie hieß Kathalle — antwortete weinend:

„Mein Vater freut sich darüber, weil das ganze Dorf ihn darum beneidet!“

Seht, dieser Mite war ein wilder serbischer Patriot, Müßig der geheimen antitürkischen Verbindung, aber er empfand Freude dabei, seine Tochter dem Pascha ins Bett zu geben, weil das, wie man heute sagt, seine soziale Stellung erhöhte.

„Bist du, sagte ich zu Kathalle, mach dir für Nachmittage ein kleines Bündel zurecht, mit wenig Kleidern und viel Proviant. Dann warte geduldig, ich will dich vor dem Pascha erreichen!“

Für mich war das ganze ein Kinderpiel. Nach dem Essen begann das Dorf plötzlich von vier Seiten zu brennen, und während die Einwohner topflos aus den kleinen Holzhäuten sprangen, wie Mäuse aus den Löchern, nahm ich Kathalle bei der Hand und spazierte mit ihr gemächlich in die Berge. Nicht einmal die Hunde bellten uns nach.

Wir gingen immer bergan. Die unerbittliche Sonne Mazedoniens, die ihr alle aus den illustrierten Zeitschriften kennt, brannte uns im Rücken, die glühenden Marmorsteinen sengten unsere Füße durch die Stiefelsohlen hindurch, aber als ich hinunter sah, entschädigte mich die Glückseligkeit für unsere Leiden: das ganze Dorf brannte

wie eine Kerze. Auch das Gewissen plagte mich nicht; es war ein dürftiges, schmuggiges Dorf, und ich konnte mit Recht darauf hoffen, daß man an seiner Stelle hygienischere Wohnungen bauen würde. Und außerdem war Kathalle an meiner Seite. Die Arme marschierte in treuer Ergebenheit neben mir, unter einem mächtigen Bündel gebeugt. Natürlich versuchte ich — ritterlich, wie ich nun einmal bin — ihr die Last abzunehmen, aber sie gestattete es nicht um die Welt. Sie hatte von ihrer Mutter eine gute mazedonische Erziehung erhalten; in Mazedonien pflegten die Frauen die Lasten zu schleppen, — daß Gott ihnen diese liebe Gewohnheit erhalten möge!

Ich rechnete damit, daß wir bald Griechenland erreichen müßten, aber vorläufig machte es den Eindruck, als nähme diese tote Marmorwildnis kein Ende. Und auch Kathallens treue, blinde Zuversicht begann in traurige Resignation umzuschlagen. Wortlos, mit gebeugtem Kopf, ging sie neben mir, und manchmal ließ eine dicke Träne über ihre Wangen.

Wir waren schon tief im Nachmittage, als diese häßliche Welt ein häßliches Ende nahm. Wir standen gerade auf einem Berggrat und sahen plötzlich in ein Tal hinab, das wie ein paradiesischer Garten war: schwerbeladene Obstbäume, dichte Weingärten, tiefgrüne Wiesen und das wellige Band eines blauen Bächleins. Und zu meiner großen Freude blühten zwischen den Bäumen freundliche weiße Häuser hervor, und aus vielen Rauchfängen träufelten Rauchfäden gegen den Himmel, zum Zeichen, daß für irgendwen Abendbrot gerichtet wurden. In unserer Nähe lag ein dunkelbläuliger Kerkel auf dem Bauch und stützte verjüngten irgendein einkönigliches Bild auf einer Sprünge aus Rohr. Ich rief ihn an:

„He Freund, wie heißt dieses Dorf?“

Der Kerkel erkaunte so über unseren Anblick, daß ihm die Flügel entfiel: „Neo Olympos.“

Der neue Olympos! Das war freilich ein ziemlich präntlicher Name für so ein kleines Dorf, aber ich wunderte mich nicht darüber. Es fiel mir ein, daß ich mich in Griechenland befand, wo ein zwerghaftes Gesicht in den Fuchshäuten erlaubter Vorfahren zu gehen versucht.

Gerhart

Herrmann Mostar:

Zu Tode gehetzt

Es handelt sich um ein Lied, das an den Ufern der Wolga lebte. Seit Jahrhunderten vermutlich; jedenfalls so lange, wie ausgemergelte Schiffsrudersleute die Röhre den Fluß hinaufstreifen. Im Rhythmus ihrer Schritte, in diesem schweren und ruckhaften Rhythmus fangen sie das Lied ihrer Arbeit: „He uhm jem — he uhm jem...“ Jahrhundertlang. An den Ufern der Wolga. Es ging nie weg von dem Wasser, dem es einmal entsiegen war.

Dann kam eine Revolution. Sie schuf neue Herrscher, neues Volk — sie schickte auch Emigranten. Den Emigranten ging es schlecht in den fremden Ländern. Sie mußten verdienen, auf jede Art. Weil sie einem künstlerisch begabten Volke entstammten, trübten viele von ihnen Kunst oder Malerei oder deren lockeres Bändnis: Kabarett. Sie trübten es mit den Stoffen, die ihnen ihr Schicksal und ihre Heimat boten. Einer von ihnen erinnerte sich des Liebes, das die Prediger der Wolga in seinen Kinderjahren gesungen hatten. Er machte etwa einmüßig Syene daraus, von der er hoffte, daß sie alle Emigranten ruhen werde. Die Syene nannte er „Die Wolga-Schlepper“ und füllte sie auf.

Er hatte zu wenig gehofft. Diese Syene, welche die fürchterliche Arbeitslast der Schiffsrudersleute zeigte, eingefangen in ein Lied und ein Lied — dies Kunstwerk rührte nicht nur die Emigranten. Es ergriff jeden, der es sah, dann auch jeden, der das Lied nur hörte. Es machte das Kabarett „Blauer Vogel“ berühmt. Es machte Sänger und Schallplattenfabrikanten und Notenverleger reich.

Auch die Chöre der Emigranten griffen es auf. Sie sangen es schön und kunstvoll. Sie sangen ganz leise an, als ob die Knechte ganz von fern lämen; wurden sehr laut, als ob sie vorüber zögen; und wieder leise, und verkrümmten ganz fest niemand tam darauf, daß diese Art eigentlich ein bißchen aufgemacht war und nicht ganz vereinbar mit der Schlichtheit eines Volksliedes. Bieleicht waren es darum so wenige, weil die Eintrittspreise für diesen Konzerten nicht sehr billig waren und weil darum eine ganz andere Schicht das Lied hörte, eine Schicht, die nie in die Verlegenheit gekommen war und kommen würde, ein solches Lied der Tot singen zu müssen.

Gerade bei dieser Schicht aber hatte das Lied eine ganze Rode heroorgerufen: die russische Rode; sie trat leuchtend auf. Das Wolga-Schlepper-Lied erklang in jedem Langlokal, erklang von jeder Kapelle, ich habe es selbst für Trompete gehört; das Publikum war sehr gerührt.

Die Kartenbilder

Jeder Kartenspieler wird sich schon einmal über die merkwürdigen Figuren gewundert haben, die uns auf unseren Karten entgegenblicken. Es sind die Zeugen ferner Vergangenheit aus den Tagen der Entstehung unserer Kartenspiele, die sich hier noch in unsere Gegenwart gesetzt haben. Interessante Mitteilungen über diese Geschichte unserer Kartenbilder enthält eine Fabel in England erschienenen umfassen Darstellung des Kartenspiels von Gurney Benham. Dieser Gelehrte wendet sich gegen die oft vertretene Auffassung, daß das Kartenspiel aus dem Orient zu uns gekommen oder gar von einem wahnsinnigen französischen König zu seiner Unterhaltung erfunden worden sei. Er vertritt die Anschauung, daß das Kartenspiel selbständig in unserer Kultur aufkam, als durch den Holzschnitt die Möglichkeiten zur Vervielfältigung der Bilder und zu einer verhältnismäßig billigen Herstellung gegeben waren. Nur dadurch wurde die Verbreitung des Spiels ermöglicht.

Ein Spiel von 78 „Tarot-Karten“, dessen Ursprung dunkel ist, kam bereits im 15. Jahrhundert in Italien auf, und aus dieser Zeit stammen ja auch die ersten deutschen Kartenbilder. Zweifellos wurden zunächst wirkliche Herrscher und Herrscherinnen auf den Karten dargestellt. Der Herzog wurde unter dem Bilde Karls des Großen gegeben, während die Herzogin, die auf französischen Spielen Judith heißt, vielleicht eine Gattin des ersten Kaisers des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, plausibel aber auch die biblische Gestalt war. Von all diesen Figuren ist der Herzog aber am interessantesten, denn sein Ursprung wird von dem Leutnant der Jungfrau von Orleans, La Hire, hergeleitet, einem kühnen Gasconner, um den sich gegen Ende des 15. Jahrhunderts eine blühende Legende gebildet hatte. Das Zeichen, das wir heute Bild nennen, bedeutete ursprünglich das Schwert, und der Schwertkönig war auf den ältesten französischen Kartenspielen David, die Königin Pallas Athene. Auf diesen französischen Spielen erscheint auch zuerst „Karo“, das

„Könnte ich hier ein Raubfänger bekommen?“ fragte ich.

Der Junge stotterte erschrocken:

„Das weiß ich nicht! Das weiß nur der Alte.“

„Welcher Alte?“

„Na, Zeus, wer denn sonst, mein Vater!“

Nun, meine Herren, ihr kennt mich ja und wißt, daß ich in dieser bunten Welt bereits so mancherlei erlebt habe, aber ich muß sagen, daß mir so ein Ding denn doch noch nicht vorgekommen war. Ich fiel ob dieser Antwort fast auf den Hintern, sah mich aber und brüllte den Jungen an:

„Wer soll dein Vater sein?“

Der Junge schluchzte: „Ich hab es doch gesagt — Zeus! Wer soll denn hier anders Vater sein!“

Seht erst sah ich mir den Burtschen genauer an: Eine Tunika aus schmutzigen gelben Tuch war seine ganze Bekleidung, und von seinen Lederbandeln baumelten rechts und links zwei Gänsefüßelchen herab. Ich fragte ihn mißtrauisch: „Wie heißt du, Kerl?“

Er erwiderte einfach: „Ich bin Hermes, der Götterboß.“

Hilfsbereit hatte er Kathalle das Bündel abgenommen, um es weiterzuschleppen. Aber jetzt rief ich es ihm schnell wieder aus der Hand. Es fiel mir ein, daß dieser Hermes nebenbei sowohl der Gott der Kaufleute wie der Gott der Diebe war, und Kathalle hatte in der Eile außer Proviant und Wäsche auch noch etwas Schmutz in das Bündel verschürt. Ich beschloß ihm, uns zu Zeus zu führen. Hermes warf einen enttäuschten Blick auf das Bündel, dann ging er uns voran in das Dorf. Wie folgten ihm.

Seitwärts auf einer Wiese graste eine Rinderherde, bewacht von einem gutgewachsenen Burtschen. Er war noch spärlicher bekleidet als Hermes; nur mit einem Stück Leinwand, und auch das baumelte ihm vom Rücken herab. Und der unverkennbare Kerl drehte sich nicht einmal um, als er uns erblickte, sondern betrachtete Kathalle auf das intensivste. Hermes rief ihm fröhlich zu: „Avoc, Phoebus!“

Tatsächlich war es Phoebus Apollon, der Sonnengott. Aber er war ziemlich verdreht, er sah aus wie ein heruntergekommener Aristokrat. Bei Kathallens Anblick erwachte seine gemeine Lust so offensichtlich, daß ich meine Schritte beschleunigte. (Schluß folgt.)

Was konnten mußte, kam: die Parodie. Eines Tages konnte man es in einer ironisch gehaltenen Revue mit neuem Text hören. Statt „He uhm jem“ sang man „Ruos-Schuhkrem“. Im ganzen hieß es jetzt so:

Ruos-Schuhkrem, Ruos-Stiefelkrem
Ist der allerbeste Schuhkrem,
Ruos-Schuhkrem...
Pußt die Zehne mit Jooool.
Für die Hoharehe nur Dool!
Wir brauchen Rogal! Tragel Hantun!
Aufirohoholen... aufirohoholen Sie...

So verhalte es.

Man kann nicht sagen, daß der Text besonders geistvoll war. Aber er war wahr: er war treffend. Er deckte das Robemüßige, das Krampfhaft der Russenische auf. Er zeigte, daß ein heimatlos gewordenes Lied leicht auch sinnlos wird. Daß ein Arbeiterlied von bezahltem Strohs sich leicht prostituiert. Er traf dennoch nicht das Lied, das in sich ja schon klar und echt. Er traf uns. Wir hielten still, aber wir nahmen uns vor, uns nicht mehr bei dieser Rode extappen zu lassen. Wenn wir es in Cafés oder irgendwo hörten, schloßen wir nicht mehr, sondern schwiegen meist oder schellen überlegen.

Dieser Lage nun, im März, hört man wieder vom Liebe der Wolga-Schlepper. In einem großen Berliner Variété wird es gespielt. Einer der dort wirkenden Kritiken kann es nicht anbahnen.

Er läßt nämlich seine heilige Hundegruppe danach langem... So ungeachtet ist die Welt. Wir sind geschmacklos, und ein Lied bleibt auf der Strecke. Wir sind die Bächerlichkeit, und das Lied wird zu Tode gehetzt. Es stirbt, und unsere Bächerlichkeit bleibt; bleibt ewig.

Irrendwo aber an den Ufern der Wolga treibt sich wohl noch heute arme Schiffer in furchtbarer Arbeit die Röhre Stromauf, und sie singen dabei das Lied ihrer Arbeit; sie wissen nicht, daß es im fernan Westen eine Rode war und nun langs tot ist. Dort, in seiner Heimat, wird es wohl das Lied sein, das bleibt. So lange bleibt, bis es mit Reche stirbt; das wird dann sein, wenn andere Wirtschaftsverhältnisse die Armut beseitigt haben werden, von der es erzählt.

Und dann wird auch die Bächerlichkeit tot sein, die ein schönes Lied in den Scheintod hegen kann.

einen Pfisterziegel bedeutete. Unter diesem Zeichen wurden die Städtebauer und die Goldmänner dargestellt, und als Karo-König erscheint merkwürdigerweise zuerst Julius Cäsar.

Die Kartenbilder haben im Laufe der 400jährigen Geschichte der Karten vielfache Umwandlungen erfahren, die häufig geschichtliche Ereignisse widerspiegeln. So wurden z. B. in der französischen Revolution die Könige durch „Weise“ ersetzt, unter denen neben dem antiken Solon auch der moderne Rousseau erscheint; an die Stelle der Königinnen traten die „Tugenden“. Die herrschende Rode ist ebenfalls von Einfluß gewesen, und so manche Kartenspiele bilden heute eine wichtige Quelle für die Geschichte der Tracht.

Lebende Bakterien aus der Urzeit

Der amerikanische Geologe Dr. Charles Dapmann hat im Gestein des Kambriums Keimzellen einzelliger Organismen gefunden, die nach ihrer Lage in der Erdrinde viele Millionen Jahre in absoluter Absperrung von der atmosphärischen Luft sich befunden haben. Dapmann hat auch Vorstadiumformen getroffen, um eine Anheftung von Bakterien aus der Luft auf der zu untersuchenden Steinprobe gänzlich unmöglich zu machen. Trotzdem konnte der Forscher dann, nachdem er auf den Steinen aus dem Kambrium einen Nährboden für Bakterien geschaffen hatte, durch das Mikroskop einzellige, pflanzliche Organismen in unzähliger Menge feststellen. Dazu wird jetzt von hochkundiger Seite mitgeteilt, daß auch in den Steintohlengruben des Ruhrgebietes lebensfähige Bakterien in den tiefsten erreichbaren Flözen unter 1000 Meter mit Sicherheit nachgewiesen werden könnten. Daß auch im Urgestein Bakterien vorkommen können, ist durchaus wahrscheinlich. Dagegen ist es durchaus möglich, daß unter den jetzt auf der Erde herrschenden Bedingungen bestimmte Bakterien in das in der Tiefe lagernde Material hineinwachsen, denn die meisten Gesteine sind porös und wasserdurchlässig.

Die Wohlfahrts-Erwerbslosen.

Das erste Ergebnis ihrer Zählung. / Eine Statistik des Glends.

Die ausgesteuerten Erwerbslosen überläßt man den Gemeinden, denen es auch überlassen blieb, sie zu zählen. Die für viele Gemeinden unerträgliche Belastung durch die Unterstüfung der Wohlfahrts-Erwerbslosen neben den sonstigen Wohlfahrtsunterstützten drängt dazu, irgendeinen Ausweg zu finden, um die Gemeinden zu entlasten.

Zunächst also machte sich eine genaue Zählung der Wohlfahrts-Erwerbslosen notwendig, die durch eine Entschließung des Reichsrats seit August 1930 vom Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in die Wege geleitet wurde. Erst die Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger, der Krifen- und der Wohlfahrtsunterstützten zusammengenommen ergeben ein vollständiges Bild der unterstützten Arbeitslosen in Deutschland.

Als Wohlfahrts-Erwerbslose gelten arbeitsfähige, aber unfreiwillig arbeitslos gewordene Personen,

die 1. in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge ausgesteuert sind, 2. eine Anwartschaft auf beide Unterstützungsarten noch nicht erworben haben und 3. solche, die durch die wirtschaftliche Entwicklung aus ihrer bisherigen Tätigkeit als selbständige Erwerbstätige ausgeschlossen und erwerbslos geworden sind.

Die Durchführung dieser mit vielfachen Schwierigkeiten verknüpften, aber sehr wichtigen Zählung konnte nur langsam vor sich gehen, zumal die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland gerade in den letzten Monaten allen beteiligten Stellen überaus große Arbeitslast brachte.

Nun liegen die ersten zahlenmäßigen Ergebnisse für die Zeit von Ende September 1930 bis Anfang Februar 1931 vor. Sie sind überaus ungünstig, insbesondere wenn man die Befassung durch die außerordentlich große Zahl der Arbeitslosen berücksichtigt. Wie aus der Graphik ersichtlich, steht

Berlin mit 29,83 Wohlfahrts-Erwerbslosen von je 1000 Einwohnern an der Spitze.

Nicht minder mißlich ist die Lage in Sachsen, Anhalt, Hamburg und den anderen Ländern. Wenn indessen diese prozentualen Zahlen für einige andere Länder auch nicht so groß sind, so ergibt sich aus der Gegenüberstellung der letzten Zählungsergebnisse mit den

ersten Aufstellungen für den 30. September 1930, daß inzwischen die Wohlfahrts-Erwerbslosigkeit wie folgt gestiegen ist:

In Schaumburg-Lippe um 147,9 Proz., in Lippe um 119,3 Proz., in Mecklenburg-Strelitz um 95,4 Proz., in

Die Wohlfahrts-Erwerbslosen in Deutschland 1931

Land	Erwerbslosen pro 1000 Einwohner
Berlin	29,83
Sachsen	22,98
Anhalt	19,18
Hamburg	19,18
Hessen	17,95
Preußen	16,18
Braunschweig	14,81
Thüringen	14,11
Lübeck	14,11
Bremen	13,55
Bayern	9,60
Mecklenburg-Strelitz	9,10
Baden	9,11
Oldenburg	6,83
Lippe	6,80
Mecklenburg-Schwerin	6,81
Schaumburg-Lippe	3,12
Württemberg	3,05

Auf je 1000

Einwohner

Mecklenburg-Schwerin um 87,4 Proz., in Württemberg um 65,8 Proz., in Sachsen um 57,9 Proz., in Altenburg um 56,3 Proz., in Bremen um 54,0 Proz., in Braunschweig um 53,8 Proz., in Thüringen um 52,3 Proz. usw.

Bemerkenswert ist, daß die ländlichen Bezirksfürsorgeverbände, die mehr als die Hälfte der Reichsbevölkerung (58,6 Proz.) umfassen, nur etwa ein Drittel aller Wohlfahrts-Erwerbslosen betreuen, während die Großstädte 50,5 Proz. aller Wohlfahrts-Erwerbslosen zu unterstützen haben, obwohl sie nur 29,4 Proz. der Reichsbevölkerung bilden.

Eine überaus traurige Glendstatistik, die zu den allerernsten Besorgnissen Anlaß gibt, da vor der Hand leider keine Aussicht besteht, daß die Lage des deutschen Arbeitsmarktes sich bald so wesentlich gebessert hat, daß auf dem Wege der Arbeitsbeschaffung die dringend erforderliche Entlastung der Länder und Gemeinden erfolgt.

Reichsbahn-Schiedspruch.

Die Löhne der Reichsbahnarbeiter um 6 Proz. gefürzt.

Im Lohnstreit zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und den Eisenbahngewerkschaften wurde gestern abend ein Schiedspruch gefällt. Der Schiedspruch kürzt die Lohnbezüge der Reichsbahnarbeiter um durchschnittlich 6 Proz. Den Parteien wurde vom Schlichter eine Erklärungsfrist bis zum Montag, dem 23. März 1931, gesetzt.

Die 6 Proz. Lohnabbau verteilen sich in folgender Weise: Der Frauengzuschlag im Betrage von drei Pfennigen fällt fort. Außerdem wird der Lohn in den Lohngruppen 1 bis 8 um drei Pfennig, in den Lohngruppen 4 und 5 um zwei Pfennig und in den Lohngruppen 6 bis 8 um einen Pfennig je Stunde gefürzt.

Schädigungen der Versicherten.

Durch Beitragsunterfügung von Unternehmern.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben in einem gemeinsamen Schreiben an den Reichsarbeitsminister Maßnahmen zum Schutz der Versicherten gegen Schädigungen aus Beitragsunterfügungen von Unternehmern gefordert. Sie schlagen vor, in die RVD. eine Bestimmung aufzunehmen, wonach in Fällen unbilliger Härte die Landesversicherungsanstalten einem Versicherten diejenigen Kalenderwochen als Beitragswochen anrechnen sollen, für die dem Versicherten kein Beitragsanteil vom Unternehmer am Lohn abgezogen, aber ohne Verschulden des Versicherten nicht für die Versicherung verwandt wurde. Voraussetzung für die Anrechnung wäre, daß die Landesversicherungsanstalt innerhalb zweier Jahren nach Ablauf der Fälligkeit der Beiträge vom Rückstand Kenntnis erhalten hat, eine Beitragsleistung jedoch ergebnislos blieb.

Durch Beitragsunterfügungen wird in der Rentenversicherung der Versicherte selbst geschädigt; denn es gehen ihm dadurch, obwohl er regelmäßig Beiträge geleistet hat, die auf diese Beiträge begründeten Steigerungssätze im Rentenfall verloren. Die von den Gewerkschaften geforderten Schutzmaßnahmen sind gerade jetzt in der Krisenzeit notwendig, weil sich die Verlustfälle stark häufen.

Schuhmacherlöhne um 5,26 Proz. gefürzt.

Der Tarifkonflikt beigelegt.

Nach dreitägigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium kam es unter dem Vorsitz des Regierungsrats Doberstein zu einem Schiedspruch, der eine Lohnkürzung von 5,26 Proz. bedeutet. Die zahlreichen Anträge der Unternehmer zur Verschlechterung der Bestimmungen des Manteltarifvertrags konnten abgewehrt werden.

Der Schiedspruch wurde von beiden Parteien angenommen. Die Laufdauer des neuen Manteltarifvertrags wurde auf 1 1/2 Jahr, die des Lohntarifs auf 1/2 Jahr festgesetzt.

Schiedspruch für die Herrentonkfektion.

Unter dem Vorsitz des Schlichters Brahm wurde nach dreitägiger Verhandlung ein Schiedspruch zum Reichstarif gefällt, wonach sich die Löhne der Konfektionsarbeiterschaft von 4-6 Proz. verringern, für die Zuschneider um 6 Proz. Im Manteltarif sind keine Verschlechterungen eingetretten. Dagegen sind in der Ferienanwerbung und in den Extrararbeiten eine Reihe Veränderungen erfolgt.

Märzfeier des Gesamtverbandes.

Der Gesamtverband veranstaltete im Saalbau Friedrichshain eine stimmungsvolle Märzfeier. Der riesige Saal war überfüllt. In den Gängen stauten sich die Menschen. Von Wänden und Podium leuchtete das Rot der Fahnen aus grüner Girlandenumrahmung. Das große Kongertorchester des Deutschen Musiker-Verbandes unter seinem Dirigenten Arthur Sander und der Reutöfchner Sängerkor unter seinem Dirigenten H. Schreiber sorgten für musikalische Darbietungen, die in Auswahl und Ausführung dieser Gedankfeier würdig waren. Zündende Worte sprach Welt Florath vom Staatstheater.

Genosse Emil Dittmer hielt die Gedankrede. Er gab eine Rückchau auf die Geschichte der Revolutionen, die mit der großen Erhebung des Bürgerthums gegen Adel und Kirche im Jahre 1789 in Frankreich begann. Auch die Arbeiterkämpfe, die 1848 für die Freiheit des Volkes kämpfte, konnte ihren Sieg noch nicht ausnützen; denn sie war noch nicht geeint. Erst eine kraftvolle Gemeinschaft der Werktätigen vermag die errungene Freiheit auch festzuhalten. Dessen muß sich heute jeder bewußt sein, der zur deutschen Republik steht. Die Reaktion versucht auch jetzt wieder das Werk der Arbeiterschaft zu zerstören; nur eine geschlossene Arbeitnehmerschaft kann es schütten. Mit musikalischen Darbietungen, die der ersten Feier einen hoffnungsreichen Ausklang gaben, schloß die Veranstaltung.

Nazis als Fälscher entlarvt.

Vorsicht bei den Betriebsratswahlen!

Mit welchen Mitteln die Nazis arbeiten, um bei den Betriebsratswahlen Einfluß zu gewinnen, ist kürzlich im Werk Sever für Farben der D. G. Farben ausgedrückt worden. Wie in der Nr. 12 des Organs des Fabrikarbeiter-Verbandes, „Der Protaktier“, mitgeteilt wird, hatten auch hier die Nazis eine Betriebsratsliste eingereicht. Wie groß ihr Anhang in diesem Werk ist, geht schon daraus hervor, daß sie mit Mühe und Not nur kaum die Hälfte der erforderlichen Betriebsratskandidaten und deren Stellvertreter zusammenbringen

konnten. Aber auch diese Liste der Kandidaten war zum größten Teil noch zusammen geschwindelt.

Bei der Prüfung der Zustimmungserklärungen wurde nämlich festgestellt, daß ein erheblicher Teil der Unterschriften der Kandidaten gefälscht war. Selbst die Unterschriften der drei Listenführer stellten sich als gefälscht heraus.

Da die Nazis für das gesamte Reichsgebiet Richtlinien für ihre Wählerlei in den Betrieben herausgegeben haben, ist es nicht ausgeschlossen, daß auch diese Betrugsmasche auf Grund von Richtlinien erfolgen. Den Wahlvorständen in allen Orten und in allen Betrieben, wo Nazislisten aufgestellt werden, ist daher dringend zu raten, die Unterschriften auf den Kandidatenlisten der Nazis genau daraufhin zu prüfen, ob sie echt oder gefälscht sind.

Betriebsratswahlergebnisse.

Aus der Metallindustrie im Reich.

Nur freigewerkschaftliche Listen wurden in folgenden Betrieben eingereicht: In Bernburg bei der Firma W. Siedersleben u. Co. mit 153 Arbeitern und 51 Angestellten sowie bei der Firma Reilmann u. Wicker, die 127 Arbeiter und 25 Angestellte beschäftigt.

In Einswarden-Nordenham bei den Norddeutschen Seekabelwerken mit 320 Arbeitern, bei der Friedrichsmerft mit 365 Arbeitern, bei der Schiffswerft Röhling in Hammelwarden-Brake mit 85 Beschäftigten und der Braker Werft mit 35 Beschäftigten.

In Göttingen bei den Firmen Gebrüder Böhlinger, 730 Arbeiter und 176 Angestellte; Bellus u. Co., 154 Arbeiter und 20 Angestellte; Württembergische Metallwarenfabrik, 422 Arbeiter und 118 Angestellte; Gebr. Märklin u. Co., 765 Arbeiter und 152 Angestellte; W. Speier, 261 Arbeiter und 38 Angestellte, und Benkt u. Co., Kissingen, 160 Arbeiter und 40 Angestellte. In Schwanningen bei Gebr. Jungmans, Uhrenfabrik (163 Arbeiter und 5 Angestellte) und Müller u. Schlenker, Uhrenfabrik H.-G. (340 Arbeiter und 30 Angestellte).

In Reuselwitz, Fürst Bismarck in Dippendorf, erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 576 Stimmen und 7 Sitze, die Liste der RVD. 133 Stimmen und 1 Sitz im Betriebsrat. Außerdem entfällt auf jede Liste ein Ergänzungsmittel zum Arbeiterrat. Eine Liste der RVD. erhielt 35 Stimmen, auf welche kein Mandat entfiel. Die Gruppe der Angestellten hatte nur eine freigewerkschaftliche Vorschlagsliste eingereicht. In diesem Betrieb sind beschäftigt 843 Arbeiter und 72 Angestellte.

Bei den Wahlen im Kräftewerk Bismarckwitz, Bitterfeld, mit 694 beschäftigten Arbeitern entfielen bei der Betriebsratswahl auf die freigewerkschaftliche Vorschlagsliste 393 Stimmen und 5 Mandate, auf die Liste der RVD. 166 Stimmen und 2 Mandate. Eine Nationale Einheitsliste erhielt 43 Stimmen und kein Mandat. Auf die freigewerkschaftliche Vorschlagsliste entfielen außerdem 2 Ergänzungsmittel zum Arbeiterrat.

Bei den Panther-Werken in Braunschweig mit 173 Beschäftigten erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 86 Stimmen und 4 Sitze, die Liste der RVD. 40 Stimmen und 1 Sitz und die Nazisliste mit 21 Stimmen 1 Sitz als Ergänzungsmittel zum Arbeiterrat.

In Jena bei C. V. Schürumpf u. Co. A. G. erhielt im Jahre 1930 die freigewerkschaftliche Vorschlagsliste 61 Stimmen und 2 Sitze, die der RVD. 110 Stimmen und 3 Sitze. Diesmal wurde nur eine freigewerkschaftliche Vorschlagsliste eingereicht und ohne Stimmabgabe gewählt.

Bei der Uhrenfabrik Th. E. Müller in Schwanningen mit 769 Arbeitern und 63 Angestellten erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 408 Stimmen und 6 Mandate, die Liste der RVD. 213 Stimmen und 3 Mandate. Außerdem entfiel auf jede Liste ein Ergänzungsmittel zum Arbeiterrat. Bei der Uhrenfabrik Kienzle mit 1042 Arbeitern und 128 Angestellten erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 559 Stimmen, auf die Liste der RVD. entfielen 213 Stimmen und auf die des christlichen Verbandes 75 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhielten 7 Mandate im Betriebsrat, die RVD. 2 Mandate. Außerdem erhielt die Liste der RVD. und der Christen (welche im Betriebsrat nicht vertreten sind) je 1 Ergänzungsmittel zum Arbeiterrat. — Bei der Württembergischen Uhrenfabrik mit 137 Arbeitern erhielten die freien Gewerkschaften 58 Stimmen und 4 Mandate, die RVD. 25 Stimmen und 1 Mandat. Das Angestelltenmandat im Betriebsrat fiel dem A.F.A.-Bund zu.

Bei der Firma Schuler in Göttingen mit 780 Arbeitern und 160 Angestellten erhielten die freien Gewerkschaften 8, die Christen 1 Sitz im Betriebsrat.

RVD.-Leute als Märtyrer.

Wie die „Mafregelung in der Turbine“ aussieht.

Der Arbeiterrat der A.G. Turbine schreibt uns: In der „Kölnen Fahne“ vom 19. März war zu lesen, daß in der „Turbine“ vier RVD.-Leute gemacht worden seien, darunter ein Betriebsratskandidat der RVD. Nun ist leider Tatsache, daß in der „Turbine“ immer noch Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen werden müssen. Der eine der vier Entlassenen, der angebliche Betriebsratskandidat der RVD., konnte schon deshalb nicht als solcher bekannt sein, weil die RVD. ihre Kandidatenliste erst in einer Versammlung am 18. März aufgestellt, die Liste aber bis heute noch nicht eingereicht hat.

Der Einspruch des Arbeiters, der angeblich als Betriebs-

Zündgenussmäp

bringen wir eine neue Zigarette

ENVER BEY VALUTA

Einheitspackung **30** dick und rund **9/16**

die trotz Billigkeit jeden anspruchsvollen Raucher befriedigen wird

Sozialpolitik und Reichsmarine.

Außerdem Panzerkreuzerdebatten.

In der Reichswehrdebatte des Reichstags, deren Beginn unsere Leser bereits kennen, sprach am gestrigen Donnerstagnachmittag nach dem kommunistischen Redner

Abg. Erjing (3.). Er führte aus, daß alle Versuche der Naz. in der Reichswehr Einfluß zu gewinnen, an dem entschlossenen Willen des Reichstags und der Reichsregierung scheitern werden. Die Erkenntnis, daß die Reichswehr gegen jede Ordnungsstörung von rechts oder links gleich verlässlich ist, hat die Naz. veranlaßt, ihre Drohung, auf die Straße zu gehen, nicht zu verwirklichen. Ein Volk, das auf seine Wehrmacht verzichtet, gibt sich selbst auf.

Das Material zu kriegsgeheerlichen Reden, wie der Maginots, liefern solche Zeitungen wie „Das andere Deutschland“, die vorgeben, dem Frieden zu dienen und von der Deutschen Friedensgesellschaft finanziert werden.

(Hört, hört!) Dadurch hindert diese Gesellschaft die deutsch-französische Verständigung und gefährdet den Weltfrieden. Wir hoffen, daß die Siegerstaaten den Abrüstungsreden endlich auch Taten folgen lassen, sonst wird die Abrüstungskonferenz ein schwarzer Tag für den Völkerverbund, den Frieden und Europa werden. (Beifall.)

Abg. Hinhmann (D. Sp.): Wenn die Staatsmacht nach Dr. Leber sich mit dem Staatsvolk eins fühlen soll, dann muß erst einmal ein Staatsvoll da sein, was aber noch nicht der Fall ist. Die Staatsform ist veränderlich und kann darum nicht das Ideal des Heeres sein. Nur Macht und Ehre des Staates können dieses Ideal sein.

Es ist nicht zu verstehen, warum die Sozialdemokraten sich nicht offen zum Bau des Panzerkreuzers B bekennen,

sondern diese Notwendigkeit zum Objekt eines politischen Handels machen.

Zwischendurch wird um 14 Uhr das Gesetz über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvertreter erledigt. Ein Antrag der bürgerlichen Parteien auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wird mit 156 gegen 144 Stimmen abgelehnt und die Fassung der zweiten Lesung verabschiedet. Danach haben alle gewerkschaftlichen Stellenvertreter bis zum 30. Juni 1931 ihren Betrieb gegen Entschädigung einzustellen.

Abg. Sachjenberg (Wirtschp.) weist gleich den Vordrednern die Rede Maginots zurück. Durch das englisch-französisch-italienische Flottenabkommen wird die Seeaufrüstung nur etwas eingeschränkt, damit desto mehr Luftaufrüstung betrieben werden kann. Italien macht dabei ein sehr gutes Geschäft. Die deutschen Marinereparaturbauten dürfen nicht in jedem Jahr zu einem neuen politischen Streit führen. Die Sozialdemokraten sollten sich für diese Ersatzbauten erklären. Wenn Dr. Leber die Großen von 1813: Stein, Schornhorst und Hardenberg den heutigen Sozialdemokraten gleichsetzt, weil beides Revolutionäre seien, so steht das in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Sozialdemokratie im deutschen Geistesleben von heute. Es hat viel einsichtigeren Sozialdemokraten gegeben, als Dr. Leber, vor allem

Friedrich Ebert, der mit dem Deutschlandlied der Reichswehr und dem Volk weit mehr gegeben hat, als das Ideal, das Dr. Leber ihnen zumietet.

Die Wegnahme der Schwarzweissen Flagge war die schlimmste Sünde.

Abg. v. Lindener-Wildau (Volkstom.) betont die Notwendigkeit, in dem innerlich so zerrissenen Deutschland die Reichswehr als einziges positives Staatselement über den Parteien zu halten. Für Deutschland sind meine Kameraden im Kriege gefallen und

für Staatsgeist und Staatswillen hat Friedrich Ebert gearbeitet, und Koste hat als Reichswehrminister gefragt, ob es nicht an der Zeit sei, den Klassenkampf gegen die Unterdrücker des deutschen Volkes aufzunehmen und Veröhnung nach innen zu predigen.

Ein kommunistischer Antrag auf Entziehung des Vertrauens für Minister Groener wird rechts mit Heiterkeit entgegengenommen.

Abg. Döbrich (Landvolk) spricht dem Minister Dank aus, besonders auch für die Erklärung, Ostpreußen immer schützen zu wollen.

Die Redner der Staatspartei und der Bayerischen Volkspartei treten für die Erhaltung der Ueberparteilichkeit und Staatstreue der Reichswehr sowie für den Panzerkreuzerbau B ein. Ein christlich-sozialer Redner weist ebenso wie die Vordredner die Ausführungen Maginots zurück, fordert Gleichheit im Rüstungsrecht, wenn nicht alle abrüsten; die Zweifel der Christlichsozialen an der Nichtigkeit des Vorgehens gegen die Ulmer Offiziere sind durch den Beitritt Scheringers zur SPD. und den ihn antündigenden Brief behoben. Der „jungdeutsche Volkstationale“ Bornemann wärmt die alte Sache mit der Wahnraum-Denkchrift auf; Minister Geßler habe damals unrecht getan.

Abg. Ruhnt (Soz.):

Herr von Seede hat im Ausschuß „kameradschaftliche Austragung“ mit den Ulmer Offizieren empfohlen. Der Dant dafür war, daß Goebbels schrieb, die nationale Jugend müsse es ablehnen, von einem verkümmerten Vertreter des alten Systems Rückschlüsse entgegenzunehmen, und es sei eine Unverschämtheit von einem General, der am Zusammenbruch mitschuldig sei, sich wieder als Führer aufzuspielen. Jedermann weiß, daß diese jungen Offiziere andauernd gelogen haben. Trotzdem werden sie als nationale Helden gefeiert.

Scheringer hat, wie sein Brief zeigt, wenigstens erkannt, daß das Dritte Reich noch in weiter Ferne liegt und es vielleicht schneller möglich ist, in der Roten Armee weiterzukommen.

(Heiterkeit. — Lärm der Kommunisten.) Wenn Offiziere mit Linksradikalen solche Verbindungen unterhalten hätten, dann wären sie zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden. Bis in die letzten Tage hinein haben wir von Vorgängen gehört, die nicht gerade eine Säuberung der Reichswehr und Reichsmarine von staatsfeindlichen Elementen beweisen. Bei der Gemeindevahl in Rüstingen landierten einige Arbeiter auf der Nazi-Liste. Sie wurden gekündigt, aber gleich nach der Wahl wieder eingestellt. (Hört, hört! links.) Das war Angst vor der eigenen Courage. Am Totensonntag wollten die Kommunisten auf dem Wilhelmshavener Marinefriedhof einen Kranz mit roter Schleife niederlegen; sie hatten bei der Verwaltung um die Erlaubnis gebeten, die ihnen verweigert wurde. Aber ein Kranz der Nationalsozialisten mit einem großen Hakenkreuz blieb mehrere Tage unbeanstaltet liegen. Auf eine Anfrage hat das Kommando erklärt,

das Gesuch der Kommunisten mußte man ablehnen; die Nationalsozialisten aber hätten kein Gesuch eingereicht, so konnte man es einfach nicht ablehnen.

(Heiterkeit.) Das Ministerium hat die Nichtentfernung des Kranzes scharfsten getadelt, und dem Friedhofswärter ist eine Rüge erteilt worden. Da werden wohl aber auch höhere verantwortlich gewesen sein. (Sehr wohl! links.) Soldaten müssen, um heiraten zu dürfen, die Genehmigung dazu einholen. Diese

Genehmigung ist verweigert worden, weil Verwandte der Braut im Verdacht staatsfeindlicher Gesinnung ständen.

Ein Soldat hat infolgedessen das Verlöbniß aufgelöst. (Hört, hört! links.) Was soll diese Bestimmungsdummesheit? Die Brüder der Erzberger-Wörter Kilingger und Tilleßen z. B. sind doch hohe Offiziere in der Reichsmarine! (Sehr gut! links.)

Der Redner verlangt dann nachdrücklich unter Hinweis auf den vom Ausschuß angenommenen Antrag seiner Fraktion, daß den Angehörigen der Reichswehr und der Reichsmarine die Ausübung anderer Berufe zum Schaden dieser Berufsangehörigen untersagt und nicht

länger verabschiedete Offiziere und Militärbrüder mit auskömmlichen Pensionen daneben noch als Zivilangestellte der Heeresverwaltung beschäftigt

werden. Weiter fordert er, daß endlich die 48-Stunden-Woche in den Reichswehrbetrieben eingeführt, die teilweise sogar recht schmutzig betriebene Konkurrenz der Militärkapellen gegen die Zivilmusikler eingestellt werden. (Beifall der Soz.)

Reichswehrminister Groener

verweist dazu auf seine Erklärungen im Ausschuß und spricht dann nochmals über die Schiffersparbauten. Er bedauert, daß der Ersatz überaus veralteter Kriegsschiffe immer wieder zur politischen Streitfrage gemacht werde, die die Semiter erhebe, die Verabschiedung des Wehretats gefährde und sogar weitgehende politische Folgen habe. Sogar der nicht sehr generöse Versailles Vertrag erkenne diese Notwendigkeit an. Da ich meine Forderung nicht aus politischen Gründen gestellt habe, kann ich sie auch nicht, wie man verlangt hat, aus politischen Rücksichten zurückstellen.

Nach allem, was vorangegangen ist, könnte ich bei einer Ablehnung des Baues nicht an meinem Platte bleiben.

Eine aktionsfähige, wenn auch kleine deutsche Flotte ist von ganz entscheidender Bedeutung für unsere Stellung in der Osee, wobei ich gar nicht an kriegerische Ereignisse denke. Wir würden im Rahmen von Versailles nicht eine Kanone und nicht ein MG. für die Landrüstung gewinnen, wenn wir die Schiffe nicht bauen.

Panzerkreuzer B bedeutet einen Zuwachs für die Landesverteidigung, den wir auf keine andere Weise gewinnen können.

Es ist absurd, dieses Schiff als besonders gefährlich und als ein Hindernis für die Abrüstung der anderen zu betrachten. Nach dem französisch-italienisch-britischen Flottenabkommen werden am Jahres-schluß 1936 haben: England eine Gesamttonnage von 1 137 200, Frankreich 670 723, Italien 441 256, Deutschland aber, man mag es kaum auszusprechen, 104 000 Tonnen.

Dem Etat ist der Schiffersparbauplan beigelegt. Nur durch planmäßigen Ersatzbau kann die Marine leistungsfähig erhalten bleiben.

Abg. Hülich (Soz.)

wird von den Kommunisten mit allerhand Zurufen empfangen und antwortet ihnen sofort: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat endgültig beschlossen, wie im Ausschuß so auch im Plenum sich der Stimme bei der Panzerkreuzerbaureise zu enthalten. Zurufe der Kommunisten: Das bedeutet Zustimmung! Sie sind die letzten, die sich darüber aufregen dürfen.

Wenn es sich um russische Rüstungen handelt, sind Sie die rüstungsbegeisterten Leute, die es überhaupt geben kann.

(Zurufe der Kommunisten: Aber nicht für die Bourgeoisie.) Die Mitteilungen des Ministers will ich noch dahin ergänzen, daß Ende 1936 die sowjetrussische Flotte an Tonnage, Armierung usw. viermal größer sein wird als die deutsche. (Bravo! bei den Kommunisten. — Heiterkeit.) Die Panzerkreuzer A und B sind weder Wunder an Leistungsfähigkeit, noch sind es natürlich Spielzeuge; sie leisten nach ihrer Größe und Armierung das, was man mit 28-Zentimeter-Kanonen und 10 000 Tonnen leisten kann. Das Panzerkreuzer A ersetzt das 1903 gebaute Linienkreuzer „Preußen“, das sieben Jahre über seinem Höchstalter ist und nach dem Krieg überhaupt nicht mehr in Dienst gestellt werden konnte. Panzerkreuzer B ersetzt das 1904 gebaute Linienkreuzer „Lothringen“. Dem Herrn Minister antworte ich, daß

die Differenz zwischen uns nicht so sehr wegen des Baues der Ersatzschiffe besteht, als über das Tempo dieser Bauten.

(Lärmende Zurufe der Kommunisten.) Wir meinen, daß dieses Tempo langsamer sein sollte. (Die Kommunisten erinnern den Redner an den sozialdemokratischen Wahlausruf 1928.) Wenn wir uns hier über frühere Wahlausrufe unterhalten wollen, dann könnte ich Ihnen auch ganz interessante Vorbildungen machen. (Rufe der Kommunisten: Bitte schön!) Aber dazu reicht leider meine Redezeit nicht aus.

Für die Stimmung in der Marine ist die Aufrechterhaltung der Disziplin von größter Bedeutung. Damit steht aber nicht im Einklang, wenn

Admiral Tilleßen, der höchste Marineoffizier in Wilhelmshaven, eine Stahlhelmausstellung besucht und sich dann auf einen zufälligen Spaziergang ausredet, wie seinerzeit Ludendorff beim Rapp-Putsch.

(Sehr wohl! links.) Die Rückschlüsse des Herrn Sachjenberg können wir ab, zumal sie von einem so politisch wendigen und geschäftsfähigen Herrn kommen, wie Herr Sachjenberg sich alle Tage aufs neue erweist. Man versteht mich wohl schon. (Zustimmung.) Der Redner bespricht dann den Mangel sozialpolitischer Erkenntnis in der Reichsmarineverwaltung, der sich in Lohn- und Arbeitszeitfragen immer wieder zeigt, und empfiehlt die sozialdemokratischen Anträge, u. a. solche, daß keine niedrigeren Löhne als bei der Reichspost gezahlt werden sollen. Die Behandlung der Arbeiter in den Reichsmarinebetrieben läßt noch zu wünschen übrig. So hat man in Swinemünde Gespräche über Politik und Verbandsangelegenheiten verboten, als ob man nicht einen Betriebsrat hätte, mit dem man über solche Dinge verhandeln kann.

Derartige Verordnungen von oben herab sind ganz im alten Geist gehalten.

Den Kommunisten hält der Redner die ungeheuer scharfen russischen Strafbestimmungen gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vor, gegen die die deutschen Bestimmungen beinahe als Kinderpiel bezeichnet werden könnten. Auch das unbedeutende Tragen der Sowjetorden wird hart bestraft; da würden sich z. B. manche NS.-Abgeordnete in Rußland kaum wohl fühlen. Sehr gut! links.) Schließlich verweist Abg. Hülich noch darauf, daß entgegen den kommunistischen Behauptungen die russische Sozialpolitik hinter der deutschen weit zurückbleibt. (Zustimmung der Soz.)

Die Beratung wird abgebrochen. — Das Gesetz über Zolländerungen wird nach einer Rede des Kommunisten Hörlein dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Um 19 Uhr vertagt sich das Haus auf heute, Freitag, 10 Uhr: Behretat und allgemeine Finanzverwaltung.

Die Trümpfe haben wir

Unsere neue Frühjahrs-kollektion übertrumpft alles Dagewesene durch Preiswürdigkeit, Qualität und Reichtum in Farben und Modellen

- Mod. Trotteur-Spangenschuhe 6.90
- Fesche Pumps 8.90
- Orig. Goodyear-Welt Herren-Halbschuhe in braun oder schwarz, Boxkalf sowie Lack 9.80

Zur Einsegnung und Jugendweihe günstige Kaufgelegenheit!



135 eigene Verkaufsstellen, davon 23 in Groß-Berlin und Potsdam

